Nr. 66. Halle (Saale), Montag, den 19. März 1917. 28. Jahrg.

Das Volksblatt erscheint jeden Werktag nachmittag. Der monatliche Bezugspreis beträgt 60 Pf. frei ins Haus. Durch die Post 70 Pf. ohne Wertzustellungsgebühr Mk. 2,10 ohne Bestellgeld.

„Die Neue Welt" (wöchentlich erscheinende Unterhaltungs-Beilage) kostet monatlich 10 Pfg.

Schriftleitung: Harz 40/44. Fernsprech. 1046. Sprechstunde: werktags von 12—1 Uhr mittags.

Volksblatt

Sozialdemokratisches Organ

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Querfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Die Anzeigengebühr beträgt für die 46 mm breite Kolonelzeile ab. deren Raum 80 Pf., für auswärtige Anzeigen 35 Pf., Anzeigen unter Text (90 mm breite Reklamezeile) 75 Pf.

Anzeigen für die nächste Ausgabe sind bis morgens 10 Uhr in der Geschäftsstelle oder bis 9 Uhr in den Filialen aufzugeben. (Größere Anzeigen möglichst am Tage vorher).

Hauptgeschäftsstelle: Harz 40/44. Fernsprecher 1047. Geöffnet: werktags ununterbrochen v. 7 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Deutsche Heeresberichte.

Großes Hauptquartier, 18. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Zwischen La-Bassée-Kanal und der Scarpe war die Gefechtstätigkeit rege. Bei Loos holten unsere Stoßtrupps 18 Gefangene aus den englischen Linien. Beiderseits von Arras drangen feindliche Erkundungsabteilungen von Bataillonsstärke gegen unsere Stellungen vor; meist wurden sie durch Feuer abgewiesen; bei Roclincourt und Tilloy wurde eingedrungener Gegner im Nahkampfe geworfen und ließ eine Anzahl Gefangener in unserer Hand. — Zwischen Arras und der Oise holen die Engländer und Franzosen in dem von uns planmäßig aufgegebenen Geländestreifen unsere früheren Stellungen und mehrere Ortschaften, darunter Bapaume, Péronne, Roye und Noyon, besetzt. Unsere Sicherungen fügten dem Feinde erhebliche Verluste zu und wichen dann, wie befohlen, aus. — Auf dem rechten Maas-Ufer griffen im Morgengrauen zwei französische Kompagnien das von uns am 16. März gewonnene Grabenstück nördlich der Chambrette-Fe. an; der Vorstoß scheiterte. — An der Combres-Höhe und bei Malancourt nördlich von St. Mihiel brachen Sturmtrupps in die französische Stellung ein und kehrten mit je 20 Gefangenen zurück.

Von der Küste bis zur Oise hatte klares Wetter gesteigerte Fliegertätigkeit zur Folge. In Luftkämpfen büßte der Feind 19, durch Abwehrfeuer 3 Flugzeuge ein. Leutnant Frhr. von Richthofen schoß seinen 27. und 28., Leutnant Baldamus seinen 14. und 15. Gegner ab. Wir haben 3 Flugzeuge verloren.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine Kampfhandlungen von Belang.

Mazedonische Front. Starke Angriffe der Franzosen zwischen Ohrida- und Prespa-See sind abgeschlagen worden. Der schwere Kampf um das Berggelände nördlich von Monastir hat dem Gegner keine wesentlichen Erfolge gebracht. Die beherrschenden Höhen, die auch nachts vergeblich angegriffen wurden, sind fest in unserer Hand.

•

Großes Hauptquartier, 19. März 1917. (W. T. B.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

In den letzten Tagen wurde ein Landstrich zwischen der Gegend von Arras und der Aisne von uns planmäßig geräumt. Die lange vorbereiteten strategischen Bewegungen wurden ohne Störung durch den nur zögernd folgenden Feind durchgeführt; Sicherungen verschleierten durch umsichtiges und tatkräftiges Verhalten das Verlassen der Stellungen und den Abmarsch der Truppen. In dem aufgegebenen Gebiete sind die dem Feinde nützlichen Verkehrsanlagen zerstört worden; ein Teil der Bevölkerung wurde, mit einem Vorrat an Lebensmitteln für fünf Tage ausgestattet, zurückgelassen. — Gestern war nahe der Küste, an der Artois-Front und auf beiden Maas-Ufern die Gefechtstätigkeit lebhaft. — Nachmittags stürmten Kompagnien oft bewährter Regimenter im Südostteil des Waldes von Malancourt und auf dem östlichen Hang der Höhe 304 mehrere französische Grabenlinien in 500 und 800 Meter Breite und führten 8 Offiziere, 485 Mann, sowie mehrere Maschinengewehre und Minenwerfer zurück. Nächtliche Gegenangriffe der Franzosen sind abgewiesen worden. — Auch am Südhange der Höhe Toter Mann brachte ein Vorstoß von Sturmtrupps mehrere Gefangene ein. — Auf dem Ostufer der Maas scheiterte wie am Vortage frühmorgens der Angriff mehrere französischer Kompagnien nördlich der Chambrettes-Fe.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Keine wesentlichen Ereignisse.

Mazedonische Front. Die Kämpfe zwischen Ochrida- und Prespa-See und im Becken von Monastir wurden gestern fortgesetzt. In der Seen-Enge und nordwestlich von Monastir sind die Franzosen zurückgeschlagen worden; nördlich der Stadt haben sie bei rücksichtslosem Einsatz ihrer Truppen geringen Geländegewinn erreicht. — Oestlich des Doiran-Sees ist der Bahnhof Poroj nach Vertreibung der Engländer wieder von uns besetzt worden.

•

Die Heeresberichte der Gegner.

Französischer Heeresbericht vom 17. März. Auf der ganzen Front zwischen Andechy und der Oise verweigerte der Feind die Schlacht und räumte unter dem Druck unserer Truppen die mächtig und klug befestigten Stellungen, die er seit zwei Jahren gehalten hat. Heute dauerte unsere schnelle Vorwärtsbewegung an. Die Spitze unserer Vorhut drang, den Feind verfolgend, in Roye ein. Der Feind sprengte Plätze und Straßen im Innern des Ortes. Ungefähr 800 Einwohner der Zivilbevölkerung, die die Deutschen wegen Mangels an Zeit nicht mehr hatten evakuieren können, bereiteten unseren Soldaten einen enthusiastischen Empfang. Im Norden und Osten von Lassigny, das wir gleichfalls besetzt haben, haben wir mehrere Punkte der Straße von Roye nach Noyon erreicht und sie sogar überschritten. Bei der Verfolgung haben wir Gefangene gemacht, deren Zahl noch nicht festgestellt ist. Im Laufe der Nacht vom 16. zum 17. März haben Geschwader feindliche Anlagen in der Gegend von Arnaville, Fabriken und Hochöfen bei Wolfingen, wo ein großer Brand festgestellt wurde, sowie die Bahnhöfe in der ganzen Gegend von Ham und Saint Quentin mit Bomben belegt. Alle Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt. Als Vergeltungsmaßregel für den Brand von Bapaume hat eines unserer Flugzeuge am Sonnabend Frankfurt a. M. mit Bomben belegt.

•

Auch in England „Biermangel". Die Londoner Daily Mail teilt mit, daß in allernächster Zeit die Schließung von 80 000 Gastwirtschaften in England wegen Biermangels angeordnet werden wird.

Die Kräftemessung in Rußland.

Versprochene Volksabstimmung über die Regierungsform. Die Bedeutung der Revolution.

Die Meldungen aus Rußland bestätigen, daß die Kräfte, die die Umwälzung vollziehen, noch in vollem Kampfe miteinander um den Erfolg ringen. Ein klares Ergebnis scheint noch nicht erzielt, ein richtiges Bild zu gewinnen ist jetzt noch nicht möglich. Fest stehen nur drei Tatsachen: der Zar hat zugunsten seines Bruders Michael abgedankt; Michael aber will nur Zar werden, wenn eine Volksabstimmung ihn auf den Thron erhebt; und die neue Dumaregierung versprach alle erdenklichen Freiheiten, die sie noch während des Krieges durchführen will. Ob bis zur Volksabstimmung der Zwischenzeit der Zarenthron leer bleiben soll, ob man überhaupt dies Programm ernsthaft durchführen will, ob nicht der Hunger, das Friedenssehnen oder andere starke Kräfte die Umwälzung ganz anders gestalten — das alles steht dahin.

•

Das Abdankungsmanifest des Zaren zeigt uns deutlich, nach welchem Programm die Revolution abgeschlossen werden sollte. Der Zar überträgt scheinbar aus eigener Machtvollkommenheit die Regierungsgewalt an seinen Bruder und „beauftragt" ihn, die Regierung zu übernehmen und in voller Uebereinstimmung mit den nationalen Vertretern zu regieren. Zweck dieses Regierungswechsels ist es, den Krieg um jeden Preis zu einem siegreichen Ende zu führen. Es gilt, „die inneren Schwierigkeiten" zu überwinden, die „eine verhängnisvolle Rückwirkung auf den endgültigen Ausgang des hartnäckigen Krieges auszuüben drohen."

Dies war das Rezept, nach dem die Bewegung rasch mit möglichst geringem Schaden für die Kriegführung zum Abschluß gebracht werden sollte. Hatte es Erfolg, so war ein neuer Zar da, in dem Augenblick, in dem der alte abtrat, der neue Zar übernahm dann sofort das Oberkommando über die Armee und betätigte sich im Innern als parlamentarischer Regent. Da die Duma in ihrer gewaltigen Mehrheit nationalistisch ist, schien es leicht, die notwendige Einheitlichkeit zwischen Kriegführung und Politik aufrecht zu erhalten, ja sie in noch höherem Grade herzustellen, als sie bisher vorhanden gewesen war. Es kann kaum ein Zweifel daran bestehen, daß bei dieser Inszenierung die Regisseure der ganzen Entente mitgewirkt haben. Ihr Gelingen wäre ihr gemeinsamer Erfolg gewesen.

Die Proklamation des Großfürsten Michael zeigt jedoch, daß dieser Plan mißglückt ist. Der Großfürst weigert sich, die Krone aus der Hand seines Bruders, des gestürzten Zaren, anzunehmen, er läßt sich von ihm nicht mehr „beauftragen", sondern er erklärt, einen Auftrag nur aus den Händen des Volkes entgegennehmen zu wollen. Damit wird die Fiktion eines gesetzmäßigen Thronwechsels mitleidlos zerstört und der revolutionäre Ursprung des neuen Regiments scharf betont. Aber dies ist nicht die Hauptsache. Der Großfürst beschränkt sich nicht darauf, die Krone etwa aus der Hand der gegenwärtigen Duma anzunehmen. Er verlangt vielmehr ein Plebiszit. Eine neue konstituierende Versammlung soll auf Grund des allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrechts gewählt werden, und nur, wenn diese Versammlung dem Großfürsten den Thron anbietet, will er ihn annehmen.

Die Proklamation des Großfürsten läßt sogar die Frage der Staatsform, ob Monarchie oder Republik, vollständig offen. Auch über sie soll das Volk entscheiden. Gelangt das Programm des Großfürsten zur Durchführung, dann steht Rußland vor einer Reihe von Aktionen, Wahlen, Konstituierungen und Abstimmungen, die während des Krieges nicht leicht durchzuführen sind und bei deren Verlauf sich noch manches Unvorhergesehene ereignen kann.

So steht für Rußland nichts anderes sicher, als daß es von einer provisorischen Regierung geleitet ist, die — wenn es bei dem Plan des Großfürsten Michael bleibt — noch längere Zeit ihr provisorisches zarenloses Regiment weiter fortführen wird. Das Programm dieser neuen Regierung, das wir in letzter Nummer schon veröffentlichten, wäre demnach mehr als ein ganz kurzes Zwischenspiel, das zwischen zwei Perioden der Militärdiktatur eingeschaltet ist. Und dadurch gewinnt dieses Programm erhöhtes Interesse. Es spricht dem russischen Volk ein Maß von Freiheit, wie es bisher keines der kriegführenden Völker besaß, das republikanische Frankreich und das konstitutionelle England nicht ausgenommen. Dieses Programm bedeutet eine vollständigen Verzicht auf alle Zwangsmaßregeln, die bisher in allen kriegführenden Staaten diktiert wurden. Allgemeine Amnestie selbst für Terroristen, vollständige Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Vornahme von Reichs- und Gemeindewahlen während des Krieges auf Grund des neuerlämpften allgemeinen, gleichen Wahlrechts. Das heißt, die Agitation für die Republik und für den Frieden soll vollständig frei sein. Und dabei handelt es sich, wie gesagt, nicht um eine Aktion, die binnen wenigen Tagen zum Abschluß gebracht werden kann, sondern die Vorbereitungen werden mindestens einige Wochen erfordern. Das ist ein Experiment, auf dessen weiteren Verlauf man im höchsten Grade gespannt sein darf.

Daß es programmäßig verläuft, ist kaum anzunehmen. Liegen doch die Gründe, die den Großfürsten Michael zu seiner Proklamation veranlaßt haben, noch sehr im Dunkeln. Daß der Großfürst sich in seinem Handeln von einem gewissen demokratischen Doktrinarismus hätte leiten lassen, ist ganz unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist, daß das ursprüngliche Programm des einfachen Thronwechsels im Sinne des gestürzten Abdankungsmanifestes plötzlich auf unüberwindliche Schwierigkeiten gestoßen ist und daß die folgende Proklamation des Großfürsten Michael eine eilige Erfindung aus dem Stegreif ist, die durchaus nicht vorgesehen war. Dies deutet aber darauf hin, daß die Bewegung den Händen der nationalistischen Drahtziehe entglitten ist. Sie geht ihren eigenen Weg, und keiner weiß heute noch zu sagen, wohin.

•

Das Ringen der Grundkräfte.

Was die Revolution bedeuten wird, hängt von den Kräften ab, die sich nun messen. Die aufstrebende Kapitalistenklasse hat mit leichter Mühe für einen Augenblick das Heft in die Hand bekommen. Ob sie es behalten kann, ist zweifelhaft, weil Rußland kein „reifer" Industriestaat ist, sondern die feudalen Kräfte des weiten agrarischen Landes ein ungeheures Gewicht in die Wagschale der Macht zu werfen haben. Diese agrarischen Kräfte scharen sich um das alte Regiment, das wird sich bald zeigen. Es ist ausgeschlossen, daß die Reaktion schon endgültig besiegt sein sollte; sie wird nach dem ersten betäubenden Schlage bald aufs neue ihr Haupt erheben. Dann hat das Bürgertum eine harte Probe zu bestehen. Auf der andern Seite stehen die Interessen des Proletariats in schroffem Widerspruch zu denen der Bourgeoisie. Will die Bourgeoisie den Krieg energischer machen, ihn bis zum „Siege" führen, so heischt die Arbeiterklasse Frieden, Brot, Arbeit. Will die Bourgeoisie ihren kapitalistischen Wirtschafts- und Ausbeuterinteressen freie Bahn schaffen, so fordern die Arbeiter Sozialismus! Die Revolution darf nie vergessen, daß die Grundkräfte, auf denen sie beruht, die wirtschaftliche und soziale Macht der Arbeiterklasse ist. Die Arbeit schafft alles Sein und Werden. Erst als die Arbeiter revoltierten, konnten die Dumavertreter handeln. Verrät nun die Dumaregierung diese Interessen der Arbeiterklasse, so verrät sie den Faktor, der ihr allein Kraft zu weiterem erfolgreichen Handeln geben kann. Sie würde dann dem Ansturm von beiden Seiten erliegen — und ein reaktionär-feudales Regiment hätte wieder leichtere Arbeit.

Schon deuten einige Meldungen an, die Frontarmee „sei für den Zaren". Das ist zweifellos erfunden, aber es zeigt, daß man die Offizierskreise der Frontarmee für die Reaktion sichern will. Vorerst ist alles in Gärung, so daß noch kein Ergebnis erzielt wurde. Jedenfalls aber stehen die ernsthaftesten und gewaltigsten Kämpfe noch bevor. Die drei Faktoren der Revolution: Bourgeoisie, Parismus-Feudalismus und Arbeiterklasse haben ihre Kräfte erst auszugleichen. Das wird Rußland im Tiefsten erschüttern und auf alle europäischen Staaten von bedeutungsvollem Einfluß sein.

•

Des Zaren Abdankungsmanifest.

Petersburg, 16. März. Meldung der Petersburger Telegraphenagentur:

Kaiserliches Manifest.

„Wir, von Gottes Gnaden Nikolaus II., Kaiser aller Reußen, Zar von Polen, Großherzog von Finnland usw., tun unseren treuen Untertanen hierdurch folgendes kund: In den Tagen des großen Kampfes gegen den äußeren Feind, der sich seit drei Jahren bemüht, unser Vaterland zu unterjochen, hat Gott Rußland eine neue Prüfung schicken gewollt. Innere Schwierigkeiten drohen eine verhängnisvolle Nachwirkung auf den endgültigen Ausgang des Krieges auszuüben. Die Zukunft Rußlands, die Ehre unserer Armee, das Glück des Volkes und die ganze Zukunft unseres teuren Vaterlandes verlangen, daß der Krieg um jeden Preis bis zum siegreichen Ende geführt wird. Der grausame Feind macht seine letzten Anstrengungen und der Augenblick ist nahe, wo unser tapferes Heer in Uebereinstimmung mit unseren glorreichen Verbündeten den Feind endgültig zu Boden strecken wird.

In diesen für das Leben Rußlands entscheidenden Tagen hielten wir es für eine Gewissenspflicht unseres Volkes, die enge Vereinigung und die Organisation aller seiner Kräfte, um einen schnellen Sieg zu verwirklichen, erleichtern zu müssen. Deshalb haben wir in Uebereinstimmung mit der Duma des Reiches es für gut erkannt, der Krone des russischen Staates zu entsagen und die oberste Gewalt niederzulegen. Da wir uns nicht von unserem geliebten Sohn trennen wollen, übertragen wir unsere Erbfolge auf unseren Bruder, den Großherzog Michael Alexandrowitsch, den wir bei seiner Besteigung des Thrones des russischen Staates segnen.

Wir beauftragen unsern Bruder, in voller Uebereinstimmung mit den nationalen Vertretern zu regieren, die gesetzmäßigen Einrichtungen aufrecht zu erhalten und auf sie im Namen des vielgeliebten Vaterlandes einen unverletzlichen Eid zu leisten.

Wir fordern alle treuen Söhne des Vaterlandes auf, ihre heilige Vaterlandspflicht zu erfüllen, dem Zaren im schweren Augenblick nationaler Prüfungen zu gehorchen und ihm mit den Vertretern des Volkes behilflich zu sein, den russischen Staat den Weg des Glückes und des Ruhmes zu führen. Gott schütze Rußland!

Volksabstimmung.

Kopenhagen, 17. März. Ritzaus Bureau meldet aus Petersburg von heute: Großfürst Michael Alexandrowitsch hat nachstehende Proklamation erlassen:

„Durch meines Bruders Willen wurde mir eine schwere Aufgabe auferlegt, indem mir während eines Krieges ohne Seitenstück und unter inneren Unruhen der kaiserliche Thron übertragen wurde. Beseelt von dem gleichen Gedanken, der

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170319-15/fragment/page=0001

das ganze Volk erfüllt, daß das Wohl des Vaterlandes allem vorangehe, faßte ich den festen Entschluß, die höchste Macht nur unter der Bedingung anzunehmen, daß dies der Wille des Volkes ist, indem das Volk durch ein Plebiszit, ausgedrückt durch seine Repräsentanten in einer konstituierenden Versammlung, die Regierungsform und die neue Verfassung des russischen Staates festsetzen muß. Indem ich den Segen des Höchsten herabflehe, stelle ich also allen russischen Mitbürgern anheim, sich der Regierung unterzuordnen, die auf Initiative der Duma gebildet und mit aller Macht und Autorität ausgerüstet ist, bis die durch eine allgemeine, direkte, gleiche und geheime Abstimmung gewählte konstituierende Versammlung durch ihren Beschluß über die Regierungsform den Volkswillen ausgedrückt hat.

•

„Es lebe die sozialistische Republik!"

Petersburg, 17. März. (Reuter.) Am 16. März nachmittags begannen Männer mit Leitern die kaiserlichen Wappen von den öffentlichen Gebäuden und von den Läden zu entfernen. Gleich darauf wurde von den Blättern gemeldet, daß der Zar auf den Thron verzichtet habe. Die Wappen wurden auf den Straßen verbrannt oder in die zugefrorenen Kanäle geworfen. Die Nachricht, daß der Zar abgedankt habe, traf in Petersburg im Laufe der Nacht ein und veranlaßte infolgedessen wenig Aufregung. Im Laufe des Tages sah Reuters Korrespondent Soldaten und Bürger unter Abnahme der Marseillaise durch die Straßen ziehen. Großer Jubel brach aus, als berittene Truppen mit einer Fahne mit der Inschrift: „Es lebe die sozialistische Republik in allen Ländern" vor der Duma hielten.

Petersburg, 17. März. (Reuter.) Unter den zuletzt Verhafteten befindet sich General Rennenkamp. Das Verkehrsministerium teilt mit, daß der Verkehr auf allen Bahnen mit einer kleinen Ausnahme normal sei. Aus den Provinzen wird gemeldet, daß nur einige verhaftete Beamte, darunter der reaktionäre Gouverneur von Twer, getötet wurden, und daß es sonst zu keinem Blutvergießen kam. Der Chef der Moskauer Polizei wurde verhaftet, das Hauptquartier der Geheimpolizei wurde niedergebrannt.

Der Korrespondent der Berlingske Tidende in Haparanda erfährt aus zuverlässiger Quelle: Als am Donnerstag der große Aufruhr ausbrach, verschanzte sich die Polizei im Hauptpolizeigebäude, von wo sie auf das Volk mit Maschinengewehren schoß. Die Revolutionäre erstürmten das Gebäude und machten es dem Erdboden gleich. Keiner der Polizisten kam mit dem Leben davon.

Pariser Blätter melden. Die Konferenz zwischen dem Exekutiv-Komitee der Duma und den Abgeordneten der Arbeiterverbände Rußlands dauerte bis gestern früh. Schließlich wurde ein Abkommen bezüglich der Uebergangsperiode getroffen, die der Wahl der konstituierenden Versammlung vorangehen soll. Das Exekutivkomitee bestand auf der Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung im Interesse der Fortführung des Krieges, bevor die Neuwahlen stattfinden sollen.

•

Deutsch-russische Wirtschaftsinteressen. Die Gesamtvorstände des deutsch-russischen Vereins zur Pflege und Förderung der gegenseitigen Handelsbeziehungen E. V. Berlin, begründet 1899, und des Vereins deutscher Fabrikanten und Exporteure für den Handel mit Rußland E. V. in Remscheid, begründet 1906, beschlossen in einer gemeinsamen Sitzung in Berlin einstimmig die Bildung eines deutsch-russischen Wirtschaftsausschusses.

•

Finnland atmet auf!

Petersburg, 17. März. Die provisorische Regierung hat den Abgeordneten Rodichef zum Minister für finnländische Angelegenheiten ernannt. Rodichef erhielt Befehl, sofort nach Helsingfors abzureisen. Auf Befehl der provisorischen Regierung ließ der Chef der Ostseeflotte Admiral Nepenin den bisherigen Generalgouverneur von Finnland, Seim, sowie den Vizepräsidenten des Verwaltungs-Departements des Senats, Borewitinow, verhaften. Rodichef ist Mitglied der Kadettenpartei, deren linken Flügel er angehört.

Kopenhagen, 18. März. Nach Mitteilung der Nationaltidende ist der reaktionäre finnische Senat von der Petersburger Regierung abgesetzt worden. In Finnland besteht der Wunsch, daß eine finnische Republik im Bundesverhältnis mit zwei oder drei anderen russischen Republiken begründet werde.

Briand tritt zurück!

Paris, 17. März. Briand hat dem Präsidenten Poincaré die Demission des Kabinetts überreicht.

Paris, 18. März. (Havas.) Die Minister traten gestern abend zusammen. Briand erstattete Bericht über die Beratungen, die er über die Bedingungen abgehalten habe, unter denen das Kabinett vervollständigt werden könnte. Der Ministerrat war der Ansicht, daß es die Umstände erheischten, Poincaré jede Freiheit zu lassen, so über die Lage zu entscheiden, wie er es für die Interessen der nationalen Verteidigung am besten halte. Infolgedessen überreichte Briand Poincaré den Rücktritt des Kabinetts.

•

Die schnelle Erschütterung der französischen Regierung ist eine Folge der russischen Revolution. Freilich sind die Umwälzungen in Rußland nicht die Ursache der französischen Krise, sondern beschleunigten sie nur. Die Regierung Briand war längst zum Abtritt reif geworden. Sie hatte seit Monaten nur von der Hand in den Mund. Die Krise hatte sich vorbereitet, daß Briand schon die letzten Tage vor einem Mißtrauensvotum der Kammer stand. Doch der Schlaue und Gewandte schüttete schleunigst den Kriegsminister Lianten aus und verschob die entscheidende Kammersitzung. Nun stellt er sich nicht erst der Kammerkritik, sondern scheidet die Entscheidung dem Präsidenten zu. Dadurch vermeidet er ein Mißtrauensvotum und hält sich so die Zukunft offen. Daß Briand an der Spitze eines reformierten Kabinetts die Regierung behalten werde, muß vorerst als unwahrscheinlich gelten. Die Schwierigkeiten der inneren Lage sind so groß, dabei das Konto Briands so überlastet, daß man an andere Lösungen glauben muß. Träten sie aber doch nicht ein, so würde bewiesen, daß das französische Volk vorerst nicht fähig ist, einen Gesundungsprozeß durchzuführen. Freilich wäre eine neue Regierung Briand auch nur eine Fortwurstelung für kurze Zeit. Ueberkurz oder lang kommt es auch in Frankreich zur „Neuorientierung".

•

Irland horcht auf.

London, 17. März. Es gehen Gerüchte, daß heute in Irland Kundgebungen zu erwarten seien. Es wird zwar in Abrede gestellt, daß die Bevölkerung befohlen wurde, in den Häusern zu bleiben, aber die Mitteilung Bonar Laws im Unterhause, daß es notwendig sein könnte, an das Land zu appellieren, um die irische Frage zu ordnen, wird in vielen Kreisen als Anzeichen dafür aufgefaßt, daß wieder etwas im Anzuge ist.

•

Aktives Vorgehen Chinas?

Peking, 17. März. (Reuter.) Holland hat die Vertretung der deutschen Interessen in China übernommen. Holländische Soldaten haben die deutsche Gesandtschaftswache entwaffnet und die Kasernen besetzt. In Schanghai weht die Holländische Flagge auf dem deutschen Konsulat.

In Berlin liegen amtliche Nachrichten über die Richtigkeit dieser Meldung nicht vor. Auch sonst bleibt an der Meldung vieles dunkel.

Meldungen vom U-Boot-Kriege.

Zu den Versenkungen im Februar wird offiziös erklärt: Von dem im Februar durch U-Boote und Minen versenkten 781 000 Brutto-Register-Tonnen Frachtraum entfallen mindestens ½ Million Tonnen auf englische Schiffe; mit voller Genauigkeit läßt sich diese Zahl nicht ermitteln, weil nicht bei allen versenkten Schiffen die Flagge auszumachen war. Man kann berechnen, daß ein gesamter Frachtraum von annähernd 9½ Millionen Tonnen erforderlich war, um den Seeverkehr der englischen Häfen im Januar 1917 zu bestreiten. Davon waren knapp 2½ Millionen Tonnen neutraler Schiffsraum. Rechnet man, daß von diesem nur 2 Millionen Tonnen ausgeblieben sind, und rechnet dazu die versenkten Räume von 780 000, so ergibt sich, daß der auf England fahrende Frachtraum im Februar überschläglich eine Verminderung von etwa 30 Prozent erfahren hat. Interessant ist übrigens auch, daß die Ziffer der im Februar versenkten Schiffe mit 781 000 Ton. bei weitem höher ist als die Ziffer der Neubauten des gesamten Jahres 1916. Diese belaufen sich auf etwa 580 000 Tonnen. (W. T. B.)

Neue Versenkungen und Opfer. Aus einem irischen Hafen berichtet der Daily Chronicle, daß der englische Dampfer Fenay Lodge (3223 To.) am 6. März ungewarnt torpediert worden ist und die Besatzung sich in die Boote rettete. Tags darauf kam der französische Dampfer Ohio (8719 To.) zu Hilfe und nahm die ersten Schiffbrüchigen auf. Sie befanden sich aber noch nicht 10 Minuten an Bord, als auch der Ohio torpediert wurde. Der Kapitän, der Verwalter, ein Koch und zwei Heizer des Fenay Lodge sowie 12 Mann des Ohio kamen ums Leben. Ferner hat die Versenkung des englischen Dampfers Kaldergrove (4327 To.) den Tod des Kapitäns, des ersten und zweiten Steuermanns und von 12 Chinesen zur Folge gehabt.

Amerikas Schädigung. Nach einer Meldung aus Neuyork ist, den amtlichen Berichten zufolge, die Ausfuhrziffer der Vereinigten Staaten im Monat Februar um 117 Millionen Dollar gesunken. Die Einfuhrziffer weist eine Verminderung um 42 Millionen Dollar auf.

Deutscher Flottenvorstoß nach England.

Berlin, 18. März. Amtlich. Eines unserer Marineflugzeuge belegte am 17. März, nachmittags, den Hafen und die Gasanstalt von Dover mit Bomben. — In der Nacht vom 17. zum 18. März brachen Teile unserer Seestreitkräfte erneut in die Straße Dover—Calais und die Themsemündung ein. Von der südlichen Angriffsgruppe wurde ein feindlicher Zerstörer der Kanalbewachung im Nahkampf versenkt, ein zweiter Zerstörer schwer beschädigt. Die nördliche Angriffsgruppe vernichtete bei North-Foreland einen Handelsdampfer von etwa 1500 Tonnen durch Torpedoschuß und zwei Vorpostenschiffe durch Artilleriefeuer. Hierauf beschoß sie den befestigten Hafen Margate wirkungsvoll auf nahe Entfernung. Feindliche Landbatterien erwiderten ohne Erfolg. Unsere Seestreitkräfte sind vollständig und ohne Beschädigung oder Menschenverluste zurückgekehrt. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Neuer Luftschiffangriff auf England.

Berlin, 18. März. Amtlich. In der Nacht vom 16. zum 17. März hat ein Marine-Luftschiffgeschwader trotz heftiger Gegenwehr durch feindliche Flieger und Abwehrgeschütze London in halbstündigem Angriff und die südöstlichen Grafschaften Englands erfolgreich mit Bomben belegt. Die Luftschiffe sind wohlbehalten zurückgekehrt bis auf L. 39, das nach französischer Meldung bei Compiègne (nordöstlich von Paris) in einer Höhe von 3500 Meter durch das Feuer französischer Abwehrgeschütze zum Absturz gebracht ist. — Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Notiz des W. T. B.: Hierzu erfahren wir von zuständiger Stelle noch nachstehende Einzelheiten: Von den Luftschiffen wurden auf dem unter ihnen liegenden Komplex von London nicht weniger als 20 bis 60 Scheinwerfer beobachtet, unter deren Beleuchtung sie heftig mit Brandgranaten erfolglos beschossen wurden. Auch feindliche Flieger beteiligten sich an der Abwehr, ohne jedoch an die Luftschiffe heranzukommen. Die Themse war gut zu erkennen, ebenso London, obwohl es verdunkelt war. Auf dem Rückmarsche, während dessen starker Sturm aufgekommen war, wurden die Luftschiffe von den Themsebefestigungen, sowie englischen Vorpostenstreitkräften mit Scheinwerfern ohne Erfolg gesucht.

Amerikas ruhige Haltung.

Neuyork, 11. März. (Funkspruch vom Vertreter des W. T. B.) Bisher sind alle von der amerikanischen Regierung seit dem Abbruch der Beziehungen zu Deutschland ergriffenen Maßnahmen in Uebereinstimmung mit den gewöhnlichen Vorbereitungen, die für den Notfall vorgesehen waren, gewesen. Diese Tatsache sollte man sich vergegenwärtigen im Hinblick auf die falsche Auslegung beunruhigender Nachrichten, die Berlin über London erreichen und die geeignet sind, die Schritte der amerikanischen Regierung in ein falsches Licht zu setzen. Kein Schritt ist unternommen worden mit der Absicht, Deutschland herauszufordern. Es ist im Gegenteil wiederholt gesagt worden, daß die amerikanische Regierung nichts tun wird, um die Gefühle in Amerika gegen Deutschland aufzubringen. Man weist darauf hin, daß das sofortige amtliche Dementi des Berichtes, die Regierung plane die Verbreitung eines Weißbuches über die deutschen Intrigen und Anschläge und die Dementierung anderer beunruhigender Gerüchte den Beweis erbringen, daß hier alle Absicht vorliegt, sich Deutschland gegenüber möglichst zurückzuhalten. Die Entscheidung des Präsidenten, die Handelsschiffe zu bewaffnen, könne als die logische Fortführung der obenerwähnten Politik bezeichnet werden.

Politische Uebersicht.

Ein neuer Vorstoß gegen B. H.

In den nächsten Tagen soll in Berlin ein neues, geheim gedrucktes, mit falscher Angabe des Druckes und Verlegers erscheinendes Werk in drei Teilen von mehr als 30 Bogen Umfang versendet werden, das die Angriffe, die Junius alter gegen den Reichskanzler gerichtet hatte, wiederholt und verstärkt. Das Berl. Tgbl. ist in der Lage, aus dem Buche folgende Probe zu geben:

„Wenn also die Mobilmachungsverzögerung wirklich Ströme von Blut gekostet hat, wie Junius aber auf Grund militärischer Nachrichten angibt, ist es Herrn v. B. H. bis jetzt nicht gelungen, dieses Blut von seinen Händen abzuwaschen. Die Geschichte und der weitere Verlauf des Krieges werden entscheiden, inwieweit die Verzögerungspolitik des Kanzlers in der U-Boot- und Zeppelin-Frage und seine Friedensanbahnungen den Krieg verlängert haben, und ob die erwähnten Ströme nicht schwache Bächlein sind gegenüber einem Meer von Blut, das diesem Manne dann ins Schuldbuch zu schreiben wäre."

Herrn v. Bethmann Hollweg wird es auch besonders schwer angekreidet, daß er England das Angebot gemacht hat, unter der Voraussetzung der Neutralität Englands die territoriale Integrität Frankreichs zu gewährleisten. In dem Buche wird gesagt:

„Man denke sich denselben Fall einmal in einem Volke, das noch nicht in so hohem Maße durch das Schlagwort der jüdischen Presse um seinen politischen Verstand gebracht ist, wie das deutsche."

Der Verfasser meint, in Frankreich würde ein Minister, der ankündigt, keine Eroberungen machen zu wollen, mit Schimpf und Schande davongejagt werden, wenn ihm nicht noch Schlimmeres widerfuhre. — Den Herren, die hinter dem Vorstoß stehen, kommt es natürlich vor allem aufs „Davonjagen" an.

Konservative „Neuorientierung".

Die jüngste Rede des Reichskanzlers im Preußischen Abgeordnetenhause hat in den Reihen der Konservativen stark verschnupft. Daß die schon so oft angekündigte Neuorientierung kommen werde und kommen müsse, das wird langsam auch den Konservativen klar und sie beeilen sich, dem Kanzler zu sagen, wie diese Neuorientierung beschaffen sein darf. So führt die Deutsche Tageszeitung aus:

„Darüber kann doch kein Zweifel bestehen, daß eine Neuorientierung unserer inneren Politik die unschätzbaren Werte, die Preußen und Deutschland zur Größe geführt haben, die starke Krone, das monarchische Heer, die starke Staatsgewalt, die gesunde (!) Gliederung des politischen Volkskörpers, nicht durch Demokratisierung untergraben darf, sondern höchstens noch fester zu fundieren suchen muß."

Also: noch stärkere Krone, noch monarchischeres Heer, noch stärkere Staatsgewalt und noch „gesundere" Gliederung des politischen Volkskörpers, das heißt des Herrenhauses, des Dreiklassenhauses und so weiter. Nicht Abbau, sondern festere Fundamentierung. Die Volksmassen werden bald erfahren, wie stark diese Kräfte der Reaktion sind.

Erhöhung der Sätze für Naturalverpflegung.

Durch eine Verordnung des Bundesrats vom 15. März 1917 sind die Vergütungssätze für Naturalverpflegung — sowohl für Offiziere, Sanitätsoffiziere und obere Beamte als auch für Mannschaften und Unterbeamte — mit Rücksicht auf die Teuerung für die Kriegsdauer wie folgt erhöht worden:

a) volle Tageskost mit Brot 2 Mk., ohne Brot 1,85 Mk. (bisher 1,50 Mk. bzw. 1,35 Mk.);

b) Mittagskost mit Brot 1 Mk., ohne Brot 0,95 Mk. (bisher 0,72 Mk. bzw. 0,67 Mk.);

c) Abendkost mit Brot 0,67 Mk., ohne Brot 0,62 Mk. (bisher 0,62 Mk. bzw. 0,57 Mk.);

d) Morgenkost mit Brot 0,33 Mk., ohne Brot 0,28 Mk. (bisher 0,31 Mk. bzw. 0,26 Mk.).

Kein Lohnabzug wegen Rente!

Berlin, 18. März. Der Staatssekretär des Innern hat dem Arbeitsausschuß der Kriegs-Witwen- und -Waisenfürsorge in Berlin auf eine diesbezügliche Eingabe mitgeteilt, daß im Bereiche der Verwaltungen der Reichs- und der preußischen Ressorts der Arbeitslohn der Kriegshinterbliebenen, insbesondere der Kriegerwitwen, grundsätzlich nur nach der Leistung — ohne Rücksicht auf Rentenbezüge — bemessen wird. Voll leistungsfähige Kräfte werden also ganz genau so entlohnt wie solche, die über keine Rente verfügen. Dies ist schon deshalb ganz selbstverständlich, weil ja die Hinterbliebenenrente mit der Leistungsfähigkeit der Hinterbliebenen in gar keinem Zusammenhange steht. Es darf wohl erwartet werden, daß auch in privaten Betrieben in gleicher Weise verfahren wird. (Amtlich.)

Zurückziehung der über 45-Jährigen.

Von sozialdemokratischer Seite ist schon seit geraumer Zeit bei jeder Gelegenheit immer wieder verlangt worden, daß die Mannschaften, die das 45. Lebensjahr vollendet haben, hinter die Front zurückgenommen werden sollen. — Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dr. Müller-Meiningen hat der Kriegsminister nun mitgeteilt, daß die Zurückziehung aller Mannschaften über 45 Jahre, die länger als sechs Monate im Felde stehen, aus der vordersten Linie seit geraumer Zeit angestrebt und auch weiterhin betrieben wird, soweit diese Verwendung nicht dem ausdrücklichen Wunsche des einzelnen entspricht.

Diese Veröffentlichung ist nichts Neues, nur ihre Durchführung läßt noch außerordentlich viel zu wünschen übrig. Wenn sich die Militärverwaltung entschließen könnte, ein etwas rascheres Tempo einzuschlagen, dann würden eine Menge Klagen mit einem Schlage beseitigt.

Kleine politische Nachrichten.

Ueberflüssig. Der bekannte Herrenhausredner Graf York v. Wartenberg ist aus der Verwaltung von Suwalki ausgeschieden, nachdem seine Tätigkeit dort überflüssig geworden ist. Der Graf versichert, daß er seine Kräfte nunmehr ausschließlich seiner Heimat widmen werde. — Nach der Probe, die er von seiner Tätigkeit im preußischen Herrenhause abgelegt hat, kann die Welt vermutlich noch etwas erleben.

Oldenburg und Wildgrube. Herr v. Oldenburg-Januschau und sein gelehriger Schüler, der Reichstagsabgeordnete Dr. Wildgrube, hielten in einer Versammlung der vereinigten Konservativen Westpreußens in Danzig ihre üblichen Reden. Herr Wildgrube will Kurland, Livland, Belgien und die Ergebiete Frankreichs für sich behalten, während Herr v. Oldenburg wieder in der Ernährungsfrage seinen Standpunkt vertrat, daß jeder Preuße nicht nach Rationen ernährt, sondern nach seinem Geldbeutel essen solle.

Aenderung des Reichsstempelgesetzes. Dem Reichstag ist ein Gesetzentwurf vorgelegt worden, wonach der in den §§ 95, 96 des Reichsstempelgesetzes bestimmte Zuschlag zu den dort vorgesehenen Abgaben in der bisherigen Höhe bis auf weiteres aufrechterhalten wird. Es handelt sich um den Grundstücksstempel, der mit Ablauf des Jahres 1916 in Wegfall kommen sollte.

Ordensstreit in Hessen. In der Zweiten hessischen Kammer erklärte der Minister des Innern, daß die Regierung einer Aufhebung der Ordensgesetzgebung (Orden im Sinne von Kloster und religiöser Ordensverbindung verstanden) nicht zustimmen könne. Sie wolle erst die Erfahrungen im Kriege sammeln, um später etwa einer solchen Reform nahezutreten. Wie die Köln. Ztg. feststellt, rief diese Erklärung große Bestürzung beim Zentrum hervor. Der Zentrumsabg. Dr. Schmitz erwiderte dem Minister, daß die Regierung mit dieser Erklärung das Fischtuch zwischen sich und der Zentrumsfraktion zerschnitten habe.

Ums tägliche Brot.

Gegen die Preispolitik der Regierung.

Der ständige Ausschuß der sozialdemokratischen Stadtverordneten und Gemeindevertreter im Reichstagswahlkreis Dortmund-Hörde nahm am Mittwoch Stellung zu den vorliegenden Regierungsmaßnahmen in der Ernährungsfrage und zur Preispolitik der Regierung. Nach sehr eingehender Aussprache gelangte eine Entschließung zur einstimmigen Annahme, in der u. a. bedauert wird, daß die Regierung ihr Versprechen, den Abbau der hohen Lebensmittelpreise betreiben zu wollen, nicht gehalten hat. Sollte wider Erwarten die Erhöhung der Preise für Brot und Kartoffeln schon „unabwendbar" geworden sein, dann muß für die Arbeiter ein Ausgleich geschaffen werden durch entsprechende Lohnerhöhungen.

Dr. Heim an die Bauern.

In der jüngsten Nummer des Wochenblatts der Fränkische Bauer richtet Dr. Heim ein „ernstes Wort in letzter Stunde" an die Landbevölkerung. Er knüpft daran an, daß die Landwirtschaft durch die Ausmahlung alles Brotgetreides bis auf 94 Prozent „auf das schwerste getroffen" sei, da die Kleie oder Futtermehl damit fortfalle; aber diese Maßnahme sei der ernstesten Notwendigkeit entsprungen. Dann schreibt Dr. Heim u. a. weiter: „Wenn das notwendig ist, dann tragen ein gut Teil Schuld daran diejenigen Angehörigen des Bauernstandes, die unbekümmert um alle Ermahnungen, um alle Hinweise auf den Ernst der Zeit Brotgetreide verfüttert haben. Es ist aber nicht allein die Verfütte-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170319-15/fragment/page=0002

rung des Brotgetreides, die uns in diese Schwierigkeiten gebracht hat. Leider sind in ganz Deutschland und auch bei uns in Bayern Hunderte und Tausende von Fällen aufgedeckt worden, wo Müller den Bauern mehr Getreide vermahlen haben, als sie durften. Hunderte von Müllern mußten deshalb bestraft und ihre Mühlen gesperrt werden. . . . Wir sind ein Volk, und es kann nicht so gehen, daß ein Teil des Volkes entbehrt und es dem andern noch verhältnismäßig gut geht. Oft habe ich während des Krieges solche Mahnungen ausgesprochen. Bei manchen war alles umsonst, und sie haben dadurch den Opfersinn anderer, den ich oft zu bewundern Gelegenheit gehabt, zuschanden gemacht. . . . Klagt nicht über jene, die gezwungen waren, solche Anordnungen zu treffen, sondern, Bauer und Müller, klagt über eure Standesgenossen!"

Wie die Nahrungsmittel verfälscht werden.

Das chemische Untersuchungsamt der Stadt Düren, dem die Landkreise Düren, Jülich, Schleiden und Erkelenz angeschlossen sind, veröffentlicht eine interessante Zusammenstellung der Ergebnisse von 1808 Untersuchungsproben im Jahre 1916. Gepökeltes Rindfleisch war in Massen verdorben, ebenso eine Sendung Leberwurst in Dosen im Werte von 35 000 Mk.; dänische Leberwurst und Fleischwürste waren stark mit Wasser und Mehl verfälscht und bestanden zum Teil aus gefärbtem Stärkekleister. Fast völlig wertlose Bouillonwürfel und Suppenwürze wurden zu hohen Preisen verkauft. Verdorbener Heringssalat in Büchsen bestand aus Kartoffeln und Gurkensalat. Eier-Ersatzpräparate waren meist gelbgefärbte Gemische von Kartoffelmehl mit etwas doppelkohlensaurem Natron. Weitere Verfälschungen wurden in großer Menge nachgewiesen bei Backpulvern, Puddingpulvern, Erbsuppen, Pfeffer, Gouloschsoßen, weißem Pfeffer (aus Kartoffelmehl!), Apfelkraut, Marmelade, Kunsthonig (aus Rübenkraut), Goldkakao usw. (Gleichzeitig wurden ungeheure Preissteigerungen der Verfälschungen festgestellt. Für Salatöl-Ersatz schwankte der Preis zwischen 45 Pf. und 10 Mk. für das Liter bei einem Herstellungswerte von 25 Pf.; Brotaufstrich „Pikant" wurde zu 1,50 Mk. per Nachnahme versandt, bei einem Werte von 10 Pf. — Das Untersuchungsamt fordert schärfere Bestrafung der Fälscher.

Einigkeit und Zielbewußtsein.

Von Angelika Balabanoff.

Zum erstenmal, seit der Weltkrieg ausgebrochen, ist es der Sozialdemokratie eines kriegführenden Landes vergönnt, einmütig und einstimmig vorzugehen, ja ein Beispiel dafür zu liefern, daß gerade der Krieg, der auf fast alle sozialistischen Parteien zersetzend und entzweiend gewirkt hat, auf eine Partei eine entgegengesetzte Wirkung ausübt. **In der italienischen Partei hat der Krieg Einigkeit und noch nie dagewesene Disziplin gefördert,** dafür hat die jüngst in Rom abgehaltene Konferenz ein glänzendes Beispiel geliefert. Das ist das Ausschlaggebende und Belehrende an ihr, und dieser Demonstration sollte auch die Einberufung der Konferenz dienen. Da die Gegner behaupten, der Sozialismus sei tot, so haben die Sozialdemokraten beweisen wollen, ob dem so sei oder nicht. Hieß es von Anfang an, es handle sich nur um eine Beratung und Besprechung zwischen den Organen der Partei und Vertrauensmännern des Parteivorstandes, so hat sich die Zahl der Teilnehmer allmählich vergrößert, so daß der Avanti mit Stolz hervorheben konnte, daß das ganze sozialistische Italien bis zu den Südprovinzen und Inseln zur Konferenz geeilt war. Wie die Partei im ganzen, so mag auch ein jeder einzelne Genosse und jede einzelne Genossin einen besonderen Wert darauf gelegt haben, gerade an dieser Zusammenkunft teilzunehmen. Von diesem Standpunkte betrachtet ist das Auftreten des Genossen Prampolini besonders bezeichnend. Dieser Parteiveteran, der wegen der unermüdlichen Tätigkeit, die er in den Gefängnissen der italienischen Arbeiterbewegung unter den allerschwersten Verhältnissen unter den proletarischen Massen entfaltete, für seinen Opfermut und seine Selbstverleugnung als Heiliger betrachtet und unter dieser Bezeichnung bekannt ist und verehrt wird, hatte seit einiger Zeit sein offentliches Auftreten aus Gesundheitsrücksichten auf ein Minimum beschränken müssen. Nun erklärte er auf der Konferenz, er fühle sich trotz seines Alters, seiner physischen Depression und trotz der reformistischen Richtung, der er huldigt, hier die radikalste Taktik zu befolgen, weil der Anblick des Ungeheuren, was der Krieg verschuldet, alle veranlassen müsse, zu den radikalsten Mitteln zu greifen, um gegen die soziale Ungerechtigkeit anzukämpfen. Genosse Serrati, eins der intransigentesten Mitglieder der Partei und des Parteivorstandes erklärte seinerseits, daß es sich nicht darum handeln könne, auf dieser Konferenz theoretische oder organisatorische Fragen zu lösen. „Meinungsverschiedenheiten gibt es in der Partei und wird es immer geben, die Diskussion wird nach dem Kriege aufgenommen werden, jetzt handelt es sich darum — so erklärte er unter stürmischem Beifall — die unzerstörbare Einigkeit der Partei zu bekunden." Unter Einigkeit der Partei und der Aktion versteht man jetzt in den italienischen Parteikreisen den Kampf für den Frieden und gegen den Burgfrieden. Im Zeichen des Parteiburgfriedens stand die Konferenz über Fragen, die sonst längere Diskussion in Anspruch genommen hätten, wie u. a. die Antwort des Genossen Turati auf eine Unterbrechung von Barzilai und anderes ist zur Tagesordnung übergegangen worden.

In einem die Konferenz einleitenden Artikel schrieb das Zentralorgan der italienischen Sozialdemokratie: „Die Beratungen werden keine Parteifragen zu lösen haben. Eine große Frage beherrscht einzig und allein die Vertreter des sozialistischen Proletariats: das ist die Friedensfrage. Und in dieser Frage herrscht unter uns Einstimmigkeit, die Nuancen, die eventuell zum Vorschein kommen könnten, können sich nur auf die Methode der Aktion, nicht auf die Aktion selbst beziehen. Das Proletariat, das sein Blut vergießt oder mit Todesstrafe ringt, hat keine Zeit zu Diskussionen, die nicht dazu angetan sind, seine Aktionsfähigkeit zu stärken." „Und nachdem diese Arbeit verrichtet sein wird, heißt es: Auf zur Arbeit! mit unveränderlicher Ueberzeugungstreue, mit der Bereitwilligkeit, Opfer zu bringen, auf zur Arbeit für das Proletariat im Namen des Sozialismus! Heute wie gestern, zu trotzen wie zu stürmischen Stunden, immer erhobenen Hauptes, immer bereit, dem Feinde die Stirne zu bieten, immer zur Verteidigung wie zur Attacke gerüstet werden wir nach der Zusammenkunft in Rom mit verdoppelter Energie unser Wirken wieder aufnehmen!"

Die zwei Resolutionen, die von der Hauptkonferenz mit etwa 15 000 Stimmen angenommen wurden, sind für die internationale sozialistische Bewegung von großer Bedeutung. Wie bekannt hatte der italienische Parteivorstand beschlossen, die Pariser Entente-Konferenz zu beschicken. Tatsache ist aber, daß die italienischen Sozialisten nur unter der ausdrücklich hervorgehobenen Voraussetzung, es würde ihnen gelingen, die Mehrheit der Teilnehmer für die Wiederaufnahme der internationalen Beziehungen zu gewinnen, für die Teilnahme an der geplanten Konferenz war. Ob diese Stellung eine prinzipiell richtige oder den tatsächlichen Verhältnissen entsprechende ist, kommt in diesem Zusammenhange nicht in Betracht. Mit 15 000 Stimmen wurde jetzt der Parteivorstand ersucht, die Konferenz nicht zu beschicken. Auch diejenigen Mitglieder des Parteivorstandes und der Fraktion, die glaubten, in Paris die Mehrheit für den Internationalismus zu gewinnen, haben allmählich die Hoffnung aufgegeben, u. a. auch, weil die russischen Genossen ihren festen Entschluß, der Konferenz fern zu bleiben, bekundet haben.

Der italienische Parteivorstand, von dem die Gegner behaupteten, daß er ganz isoliert sei wegen seiner internationalistischen, kriegsfeindlichen Stellung, wird sich auf das Plebiszit der Partei stützen können, um mit noch größerer Kampfeslust die schweren Hindernisse zu überwinden, die der Vereinigung der Proletarier aller Länder jetzt im Wege stehen.

Aus der Provinz.

Der neue Wirtschaftsplan zur Frühjahrsbestellung.

Das Kriegsernährungsamt, das für eine wirksame Tätigkeit im Erntejahre 1916/17 viel zu spät errichtet wurde und sich bisher mit Stück- und Flickwerk begnügte, hat in diesem Jahre vor der Frühjahrsbestellung einen Plan veröffentlicht, von dem es sich eine wesentliche Besserung unserer Versorgungsverhältnisse verspricht. Dieser Plan ist aufgebaut auf dem Gutachten der elf landwirtschaftlichen Hochschullehrer und auf den Erfahrungen der letzten Jahre. Diese haben gelehrt, daß der festgesetzte Preisanreiz eine Schraube ohne Ende ist und nicht zum Ziele führt. Man hat erkannt, daß die Landwirte besonders diejenigen Produkte anbauen, an denen sie am meisten verdienen. Es kommt dazu, daß für die Menschen bestimmte Nahrungsmittel, wie Kartoffeln und Getreide, trotz aller Strafandrohungen verfüttert werden, weil mehr verdient wird, wenn man bei den hohen Viehpreisen Vieh heranzüchtet. Die Vergangenheit lehrt aber auch, daß viele Konsumenten, die die Preiserhöhungen tragen müssen, nicht noch weiter belastet werden können, weil sie an der Grenze ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sind. Auch darüber sind sich alle klar, daß der freie Handel in seiner Tätigkeit beschränkt bleiben muß und daß Angebot und Nachfrage als Preisregulator im Kriege nicht Geltung haben können.

Man glaubt, daß durch den neuen Wirtschaftsplan vorhandene Mängel beseitigt werden, so daß eine Vermehrung der Produktion und Ablieferung an die Konsumenten erzielt werden kann, ohne diese wesentlich mehr zu belasten. Nach dem neuen Plane sollen im Preise festgesetzt im Jahre 1917/18 pro Tonne: Roggen auf 270 Mk. (gegen 220 Mark bisher), Weizen auf 290 Mk. (gegen 260 Mk. bisher), Kartoffeln auf 100 Mk. (gegen 90 Mk. bisher) und Zuckerrüben auf 50 Mk. (gegen 30 Mk. bisher).

Die Kartoffeln sollen zwischen dem 1. Juli und 14. September 1917 160 Mk. pro Tonne kosten dürfen. Die Landeszentralen können den Preis bis 1 Mk., also auf 9 Mk., pro Zentner erhöhen. Für nicht verlesene Kartoffeln kann der Präsident des Kriegsernährungsamtes Abschläge festsetzen.

Dagegen soll der Erzeugerpreis gesenkt werden pro Tonne: bei Futterrüben auf 30 Mk. (bisher 36 Mk.), bei Brucken (Kohlrüben) auf 35 Mk. (bisher 50 Mk.), bei Futtermöhren auf 50 Mk. (bisher 60 Mk.).

Eine Preissenkung sollen ferner erfahren: Rinder um 15 Prozent im Lebendgewicht (das ist 25 bis 30 Prozent im Schlachtgewicht); Schweine um 20 bis 25 Prozent im Lebendgewicht je nach der Gewichtsklasse (das ist 30 bis 35 Prozent im Schlachtgewicht); Hafer um 30 Mk. und Gerste um 30 bis 80 Mk. pro Tonne.

Durch diese Preisfestsetzungen soll erreicht werden, daß die Landwirte nicht mehr mit ihren Produkten zurückhalten, daß sie nicht notwendige Lebensmittel verfüttern und daß sie nicht nur ganz bestimmte Produkte anbauen.

Die Konsumenten hatten allerdings gefordert, daß die heutigen Getreidepreise die Grundlage des Ausgleichs bilden sollen. Demgegenüber stand die Forderung der Landwirtschaft, die hohen Viehpreise zum Ausgangspunkte zu machen. Man ging den Mittelweg. Als Höchstpreis für Spätkartoffeln ist ein Einheitspreis von 5 Mk. für den Zentner gewählt worden. Im verflossenen Jahre betrug der Preis erst 4 Mk., dann 5 Mk., also durchschnittlich 4,50 Mk. Die bisherige Abfuhrung ist aufgegeben, um die zur Winterversorgung nötige Herbstlieferung zu fördern.

Eine Erhöhung des Brotpreises soll sich nach den wiederholten Erklärungen des Präsidenten des Kriegsernährungsamtes trotz der Getreidepreiserhöhung vermeiden lassen, da die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis und zwischen Mehl- und Brotpreis herabgesetzt werden kann. Wir sprechen die bestimmte Erwartung aus, daß das nicht nur ein Trost ist, sondern daß es zur Tatsache wird. Nach wie vor stehen auch wir auf dem Standpunkte, daß sich eine Zuckerrübenpreiserhöhung hätte vermeiden lassen. Die Preise wurden trotzdem erhöht. Wir hoffen aber, daß bei den hohen Gewinnen der Zuckerrüben-Fabriken der Zucker im Kleinverkauf auf der jetzigen Preishöhe erhalten werden kann. Die Ermäßigung der Viehpreise kommt hauptsächlich dem Heer und den Besserstituierten zugute, da viele Minderbemittelte schon längst ihre Fleischkarte nicht mehr ausnützen können. Schon machen sich aber Stimmen dahin geltend, die Fleischpreise trotz der Herabsetzung der Viehpreise nicht zu senken. Unter allen Umständen muß jedoch der Fleischpreis herabgehen. Der Ernährungsausschuß des Reichstags hat deshalb auch schon in Vorahnung erneut einsetzender Hindernisse auf Drängen der Konsumenten bedeutsame Entschlüsse gefaßt, die eine weitere Belastung der Minderbemittelten verhindern sollen.

•

Als Forderungen der Verbraucher

zu diesem Wirtschaftsplan ist das als Mindestmaß scharf zu unterstreichen, was der Kriegsausschuß für Konsumenteninteressen in Berlin als unerläßliche Bedingungen feststellt:

1. Die Kartoffeln müssen verlesen werden, nur für gute Speisekartoffeln gilt der festgesetzte Preis.
2. Die Spannung zwischen Getreide- und Mehlpreis und zwischen Mehl- und Brotpreis ist zu ermäßigen, so daß das Brot nicht weiter verteuert wird.
3. Der Fleischpreis ist mindestens in gleichem Verhältnis wie der Viehpreis zu senken; die Tätigkeit der Viehhandelsverbände ist schärfer zu beaufsichtigen.
4. Alle erfaßbaren notwendigen Nahrungsmittel sind zu rationieren, zu beschlagnahmen und gleichmäßig und gerecht unter der Bevölkerung zu verteilen.
5. Die Produzenten und Selbstversorger sind öfter durch unabhängige Personen zu kontrollieren und die Bestandsaufnahmen sind in gewissen Zeitabschnitten zu wiederholen.
6. Eine schärfere Bestrafung derjenigen Personen, die mit Nahrungsmitteln zurückhalten oder die Höchstpreise überschreiten, hat zu erfolgen.

Die Verbraucher werden überall dahin wirken müssen, daß diese Forderungen erfüllt werden, dann kann der Wirtschaftsplan erst voll zur Wirkung kommen.

Der Arbeitsmarkt in der Provinz.

Nach Mitteilung des Arbeitsnachweisverbandes Sachsen-Anhalt, e. V., wies die Lage des Arbeitsmarktes im Februar für männliche Arbeitskräfte gegenüber dem Vormonat keine Aenderung auf. Die lange Frostperiode hatte auf das Verhältnis von Angebot und Nachfrage trotz einiger Betriebsstörungen keinen Einfluß. Auch die Nachfrage nach weiblichen Arbeitskräften hält nach wie vor in unverminderter Weise an. Mehrere größere Transporte, z. T. aus anderen Korpsbezirken, konnten herangeholt werden. Ein großer, nicht unterzubringender Andrang von weiblichen Arbeitskräften ohne Vorbildung nach Beschäftigung im Bureaudienste macht sich als Folge des Aufrufs zum Hilfsdienst bemerkbar. Dienstboten und Aufwärterinnen werden immer knapper.

Burgliebenau. Hochwasser bedroht die Elsteraue. Infolge des eingetretenen Tauwetters und der Niederschläge der letzten Tage ist die Weiße Elster seit Mittwoch erheblich gestiegen. Der Fluß ist trotz neuer Frostbeinwirkung vollfrig geworden und die Schneeschmelze im Gebirge wird eine Ausufer herbeiführen.

Laucha. Zum Tode verurteilt wurde vom Naumburger Schwurgericht der galizische Arbeiter Lukas Chrysaschyn von hier. Im Borntal bei Crakwinkel hatten Steinbruchsarbeiter in der Frühe des 21. September 1915 die Spuren eines Mordes, dem ein Kampf vorausgegangen sein mußte, entdeckt und nach Abfuhren der Umgebung des Tatortes aus frisch gelockerter Erde eine Frauenhand heraustragend aufgefunden. Unter den Anwesenden hatte sich der nur unter dem Namen Joseph Paweles bekannte Galizier befunden. Voruntersuchung wie Hauptverhandlung haben ein vernichtendes Beweismaterial zutage gefördert. Die Ermordete war als die galizische Arbeiterin Katharina Nastaczyk aus Saubach festgestellt worden. Sie und den Galizier Johann Gemyk hatte er am Sonntag dort abgeholt, um angeblich G. als Kutscher in Naumburg für 16 Mark, die N. als Hausmädchen für 12 Mark Wochenlohn unterzubringen. Der Dr., der neue Dienstherr, sollte telephoniert haben, er komme am Abend die beiden abzuholen. Der war natürlich nicht eingetroffen, und sie hatten übernachten müssen. G. in einer Gastwirtschaft, das Mädchen in Paweles Wohnung, die er mit seiner in wilder Ehe lebenden Wirtschafterin teilte. Hier hatte er das Mädchen ausgetragt ob sie Geld habe. Ob sie es ihm gesagt hat, ist nicht ermittelt worden, es ist aber festgestellt durch ihre ebenfalls in Saubach arbeitende Schwester, daß diese die Ersparnisse, 120 Mark, ihr vor der Abreise übergeben hatte. Bei Aufhebung der Leiche hatten sich im Borntal an entfernterer Stelle unter Reisig versteckt die Lederschaftstiefeln der Ermordeten mit Gummiabsätzen gefunden. Diese und ein 50-Markschein, den ihre Schwester ihr ebenfalls mit aufbewahrt hatte, sind zum schwer belastenden Beweisstück geworden. Am andern Morgen war die Leiche im Borntal gefunden worden. Schwer belastend hatte die Wirtschafterin ausgesagt. O. war 1/2 8 Uhr von Hause fortgegangen und nach 12 Uhr heimgekommen. Er hatte die ganze Nacht fortbleiben wollen, hatte auf ihre Vorwürfe darüber aber versprochen, zurückzukommen, wenn sie ihm die Haustür öffne. Sie hate nach dem Verbleib des Mädchens gefragt, und als sie ihm nicht geglaubt hatte, daß der Dr. sie ohne Papiere nehmen würde, hatte er drohend hinzugesetzt: Sie kommt nicht wieder zurück, sie ist zum Teufel gefahren. Wegen Mordes und schweren Raubes fällte das Gericht das Todesurteil mit dauernder Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte.

Delitzsch. Die Bundesratsverordnung über Schlachtungen war von dem Hausschlächter Paul Rose und zwei Frauen und zwei Männern aus Leipzig übertreten worden. Die beiden Leipziger hatten im Dezember v. J. versucht, ein von Rose beschaftetes und geschlachtetes Schwein unter Umgehung der Verordnung nach Leipzig auszuführen. Die Wachsamkeit der Polizei verhinderte das; man nahm den Beteiligten das Fleisch auf dem Berliner Bahnhof ab. — Jetzt hatten sich die Beteiligten vor dem Schöffengericht zu verantworten. Die vier Leipziger wurden zu je 20 Mark Geldstrafe oder vier Tagen Gefängnis verurteilt, und Rose, der sich bei dem Vorgang betrügerische Handlungen zuschulden hatte kommen lassen, zu 65 Mark Geldstrafe oder entsprechender Haft.

Eilenburg. Von der Starkstromleitung getötet. Der russisch-polnische Arbeiter Karl Schütz, der in der Deutschen Zellulosefabrik beschäftigt war, kam der Starkstromleitung zu nahe und stürzte schwer verbrannt ab. Der Tod war sofort eingetreten.

Torgau. Eisgang auf der Elbe. Das böhmische Treibeis, das am Sonnabend hier durchkam, verursachte von 10 Uhr abends bis 6 Uhr morgens Eisgang. Der Höchststand der Elbe betrug 3,18 Meter. Das Wasser fällt bereits wieder.

Mühlberg. 2000 Mark als Spende für Kriegerfamilien hat der Fabrikbesitzer Max Hensel in Berlin, ein geborener Mühlberger, dem Magistrat übergeben; 1000 Mk. hat er sofort zur Verfügung gestellt und 1000 Mk. für später. Die eingesetzte Kommission hat die Vorarbeiten zur Verteilung begonnen. — 300 Mk. wurden von Hensel dem Oberpfarrer zur Verteilung an bedürftige alte Frauen übergeben.

Liebenwerda. Zuchthaus für eine Gesundbeterin. Die Strafkammer in Erfurt verurteilte die verehelichte Schirmflickerin Auguste Steinbach aus Liebenwerda zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus, weil sie einer Kriegsfrau vorgetäuscht, sie habe eine schwere Krankheit zu erwarten, die aber durch Gesundbeten beseitigt werden könne. Die Leichtgläubige bezahlte für 18 Gebete 3,50 Mk.

Bockwitz. Zwei schwere Unfälle ereigneten sich am Donnerstag auf den Betrieben des Lauchhammer Werks. Einem aus Ostpreußen zugezogenen, verheirateten Arbeiter wurden am Baggerbetriebe beide Beine und eine Hand abgefahren. Er wurde noch lebend nach dem Lauchhammer Krankenhause gebracht, wo er bereits Freitag mittag starb. — Dem Arbeiter Paul Wär aus Grünewalde fiel im Lauchhammer Werkbetrieb Erdölig eine Eisenplatte auf das Bein, wodurch es zweimal gebrochen wurde. Auch er fand Aufnahme im Lauchhammer Krankenhause.

Wittenberg. Die Pockengefahr kann für unsere Stadt als behoben angesehen werden. Neuerkrankungen wurden fast nicht mehr gemeldet. Die Sperre für Soldaten ist denn auch schon seit mehreren Tagen wieder aufgehoben worden; für Zivilbevölkerung hat eine Sperre überhaupt nicht bestanden.

— Einen Höchstpreis für Rübenmus hat der Magistrat mit Geltung ab 19. März festgesetzt. Das Pfund Mus darf 50 Pf. kosten. Der Absatz von Rübenmus zu höherem Preise ist fraglos ohne Rücksicht auf den Einkaufspreis.

Volkswirtschaftliches.

Alles Geld nach England! Dem Pariser Journal des Debats zufolge hat Frankreich während des Krieges 2,5 Milliarden Gold an die Bank von England gelangen lassen, während Rußland, Italien und England ihrerseits zusammen nur den gleichen Betrag überwiesen haben. Das Journal des Debats fordert, daß die Alliierten gleichmäßig den gesamten Goldbestand zusammenwerfen und jeder Stadt je nach Beteiligung für seine Goldmaßgaben einstehe. Ferner sollten die Vereinigten Staaten den Alliierten neuen Kredit gewähren und schließlich soll England seinerseits Frankreich einen Kredit eröffnen zur Regelung der Zahlungen für englische Kohle und andere englische Produkte.

Allerlei.

Vom Gemüsewucher. Die Stadt Köln ließ 23 vom Vorgebirge kommende Waggons Gemüse beschlagnahmen, das zu Wucherpreisen nach Berlin und in die Industriegebiete verkauft werden sollte. Es wurden Preise von 50 bis 60 Mk. für Spinat verlangt, während der Richtpreis etwa 25 Mk. beträgt.

•

Sommerzeit in Oesterreich. Wien, 17. März. Eine Verordnung des Gesamtministeriums ordnet für Oesterreich vom 16. April bis 17. September 1917 die Wiedereinführung der Sommerzeit an.

Arbeiter-Sekretariat, Halle (Saale).

Im Hause der Gewerkschaften, Harz 42/44, Zimmer 5 bis 7.

Sprechstunden nur wochentags von 11—1 Uhr und abends von 5—8 Uhr. Sonnabend nachmittags und Sonntags geschlossen.

Verantwortlich für: Politik, Wirtschaftspolitik und Parteinachrichten Paul Sennig; Unterhaltungsbeilage, Gewerkschaftliches und Vereine Karl Bock; Halle und Saalkreis und Aus der Provinz Wilhelm Koenen; Anzeigen Wilhelm Sergel; Verlag: Volksblatt G. m. b. H. — Druck: Hallesche Gewerkschaftsdruckerei e. G. m. b. H., sämtlich in Halle.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170319-15/fragment/page=0003

Walhalla-Theater.
Anfang 8 Uhr.

„Blatzheim"
der Meister des Kölner Humors.
Wieder ein großer Erfolg!
„Eine Leutnantswohnung"
Posse in 3 Akten von **B. Fernand.**
Blatzheim als Bursche Bollig.
4511 — Der Gipfel der Komik. —
Tageskasse von 10 bis 1½ und 4 bis 6 Uhr.

Amtliche Bekanntmachungen.

Jede Erkrankung und jeder Todesfall an Pocken (Blattern), auch der sogenannten Windpocken, sowie jeder Fall, welcher den Verdacht dieser Krankheiten erweckt, ist der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde unverzüglich mündlich oder schriftlich anzuzeigen.

Wechselt der Erkrankte den Aufenthaltsort, so ist dies unverzüglich bei der Polizeibehörde des bisherigen und des neuen Aufenthaltsortes zur Anzeige zu bringen.

Zur Anzeige sind verpflichtet:
1. Der zugezogene Arzt,
2. der Haushaltungsvorstand,
3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person,
4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkrankungs- oder Todesfall sich ereignet hat,
5. der Leichenschauer.

Die Verpflichtung der unter Nr. 2 bis 5 genannten Personen tritt nur dann ein, wenn ein früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Für Krankheits- und Todesfälle, welche sich in **öffentlichen Kranken-, Entbindungs-, Pflege-, Gefangenen- und ähnlichen Anstalten ereignen, ist der Vorsteher der Anstalt** oder die von der zuständigen Stelle damit beauftragte Person ausschließlich der Erstattung der **Anzeige verpflichtet.**

Auf Schiffen oder Flößen gilt als der zur Erstattung der Anzeige verpflichtete Haushaltungsvorstand **der Schiffer oder Floßführer** oder deren Stellvertreter.

Mit Geldstrafe von zehn bis einhundertundfünfzig Mark oder mit Haft nicht unter einer Woche wird bestraft, wer die ihm obliegende Anzeige unterläßt oder länger als 24 Stunden, nachdem er von der anzuzeigenden Tatsache Kenntnis erhalten hat, verzögert.

Halle, 15. März 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch.

In Ausführung des § 4 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 29. September 1916 wird die Verbrauchsmenge an Schlachtviehfleisch, die in der Woche vom 19.—25. März ds. Js. bei den Fleischern entnommen werden darf, auf

250 Gramm

festgesetzt. Von den für diese Woche geltenden Fleischmarken können von der Vollkarte wie von der Kinderkarte die sämtlichen Abschnitte zum Bezuge von Schlachtviehfleisch bei den Fleischern oder zur Entnahme von Fleischgerichten aus Schlachtviehfleisch in den Gast-, Schank- und Speiseanstalten usw. verwendet werden. Auf jede der 10 bezw. 5 Fleischmarken dürfen 25 Gramm Schlachtviehfleisch mit eingewachsenen Knochen oder 20 Gramm ohne Knochen, Schinken, Dauerwurst, Speck oder Kopfett entnommen werden. Anstelle von Schlachtviehfleisch können auch Wildpret, Hühner, Fleischkonserven, Fleischwaren in Feinkosthandlungen oder Fleischwaren ausländischer Herkunft gegen die Fleischmarken bezogen werden.

Halle, den 19. März 1917. **Der Magistrat.**

Städtischer Eierverkauf.

Städtischer Eierverkauf in der Talamtschule: Dienstag den 20. März 1917.

Zum Kauf berechtigen die Nummern der Lebensmittelscheine 63 001—70 000, und zwar von 8—12 Uhr vormittags die Nummern 63 001—66 000, von 2—6 Uhr nachmittags die Nummern 66 001 bis 70 000. Für **den Kopf** des Haushaltes wird **ein Ei abgegeben** zum **Preise von 24 Pfennig für das Stück.**

Der Lebensmittelschein ist vorzuzeigen.

Zur Beschleunigung der Abfertigung wolle man **abgezähltes Geld (vor allem Kupfergeld) bereithalten!**

Umtausch nur innerhalb drei Tagen.

Halle, den 19. März 1917. **Der Magistrat.**

Mohrrüben-Verkauf.

Dienstag den 20. März 1917 wird der Verkauf von **ausländischen Mohrrüben** in der Talamtschule zum Preise von 30 Pfg. das Pfund fortgesetzt. Berechtigt zum Einkauf sind die Haushalte mit Lebensmittelscheinen Nummer 1—6000 und zwar Nummer 1 bis 3000 vormittags 8—12 und 3001—6000 nachmittags 2—6 Uhr. Für jeden Kopf der Haushalte wird ein Pfund gegen Vorlegung des Lebensmittelscheines abgegeben.

Halle, den 19. März 1917. **Der Magistrat.**

Der **Verbrauch von Hühnern** unterliegt nach § 1 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. August 1916 der Verbrauchsregelung für Fleisch. Hausschlachtungen von Hühnern sind gemäß § 13 der Verordnung über die Regelung des Fleischverbrauchs vom 21. September 1916 dem Magistrat anzuzeigen, damit die Fleischkarten gekürzt werden können. Ebenso dürfen in Geschäften, Gastwirtschaften usw. Hühner (Hähne und Hennen) **nur gegen Abtrennung von Abschnitten der Fleischkarten** abgegeben und bezogen werden. Hühner sind hierbei mit einem Durchschnittsgewicht von 400 Gr., junge Hühner bis zu einem halben Jahre mit einem Durchschnittsgewicht von 200 Gr. auf die Fleischkarte anzurechnen.

Die abgetrennten Fleischkarten-Abschnitte sind an das Stadt-Ernährungsamt — Rathausstraße 19, Zimmer 47 — abzuliefern. Wir weisen namentlich die hiesigen Händler und Gastwirte auf diese Bestimmungen besonders hin.

Zuwiderhandlungen werden sowohl gegenüber den Gewerbetreibenden wie auch gegenüber den Verbrauchern rücksichtslos verfolgt.

Halle, den 17. März 1917. **Der Magistrat.**

Gegen die Ehefrau **Berta Röder** geb. Krahmer aus Halle, Gr. Ulrichstraße 39, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Kgl. Amtsgerichts hier vom 11 Februar 1917 wegen übermäßiger Preiserhöhung eine Geldstrafe von sechzig Mark oder 12 Tagen Gefängnis festgesetzt worden.

Halle, den 14. März 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

In der Strafsache gegen den Buchhalter **Paul Städert** in Halle, Spitze 20, wegen Höchstpreisüberschreitung für Heu, Vergehen gegen §§ 1 und 2 der Bundesratsverordnung vom 3. Febr. 1916 (R.-G.-Bl., S. 79) in Verbindung mit §§ 1, 5 und 6 des Gesetzes betr. Höchstpreise vom 4. August 1914 in der Fassung vom 17. Dezember 1914 (R.-G.-Bl., S. 56) ist der Angeklagte durch Strafbefehl des Herzoglichen Amtsgerichts zu Oranienbaum vom 29. Juli 1916 zu einer Geldstrafe von 40 Mk. oder 1 Tage Haft für je 5 Mk. verurteilt.

Der Strafbefehl ist rechtskräftig.

Halle, den 15. März 1917. **Die Polizeiverwaltung.**

Konzert

zu Gunsten des Kinderheimes des Bundes zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft.

Donnerstag, 22. März 1917, abends 8½ Uhr in der Loge zu den fünf Türmen, Albrechtstr. 6.

Vortragsfolge

1. a) Aufbruch . . . . . b) Unserm Kronprinzen . . . c) Am Abend vor der Schlacht . . . d) Ulanenquartier . . . e) Annemarie . . . . . } Hr. Opernsänger Alfr. Ernesti, Mitglied des Stadttheaters.
2. Klavierstücke:
   a) Präludium von J. S. Bach . . . . . b) Gigue a. d. B-dur-Partita von J. S. Bach . . . c) Variationen a. d. D-moll-Suite von G. F. Händel . . . d) Le coucou von Daquin . . . . . } Fräulein Gertrud Steinweg.
3. a) Und wüsstest's die Blumen . . . . b) Geht leise . . . . c) Rumpelpumpel . . . . d) Wills wohl schlafen . . . . e) Die Häuser im Rücken . . . . f) Abendlied . . . . g) Huhn und Karpfen . . . . } Frau Dr. Noethe.
4. Klavierstücke:
   a) Prélude von Chopin . . . . . b) Etude Ges-dur op. 10 . . . . . c) Impromptu op. 90 Nr. 4 von Schubert . . . } Fräulein Gertr. Steinweg.
5. Zwiegesänge für Sopran und Tenor:
   a) Zu den Linden vor dem Tore . . . b) Auf dem grünen Wiesenplan . . . c) Ich bin Dein und Du bist mein . . . d) Abendlied . . . . . } Frau Dr. Noethe und Herr Alfr. Ernesti.
6. Lenz, du loser Schlingel . . . . . Am Klavier M. Frey.

Sämtliche Gesänge von Martin Frey. — Am Klavier M. Frey.
Der Bechstein-Flügel ist von der Hofmusikalienhandlung R. Koch.
Eintrittskarten für numerierte Plätze zu 2.50 M. und zu 3.00 M., sowie Stehplätze zu 1.00 M. sind auf der Geschäftsstelle des Bundes, Physiol. Institut, Magdeburgerstr. 21 und bei Herrn Hofmusikalienhändler Heinr. Hothan, Gr. Ulrichstr. 36, zu haben sowie an der Abendkasse. 4513

Der Reinertrag ist für die Gründung eines Kinderheimes bestimmt.

Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. September und 4. November 1915 wird der Verkauf der der Stadt überwiesenen **Sprottbücklinge und Bücklinge wie folgt geregelt:** Der Verkauf wird am Dienstag, den 20. März 1917 in nachstehenden Verkaufsstellen fortgesetzt:

Dampffischerei Nordsee, H. Nolte, G. Schnabel, P. Schnabel, H. Doller, Fr. Höfer, Rohrmann Steinweg, Gebr. Horn, Bottel u. Broskowitz, H. Bänicke, Karl Stimme, Donau, Herrenstraße, C. Lange, Beesener Straße, Gaertner, H. Rick Nachf., E. Schnabel, H. Hübe, C. C. Bilsch, Rothnagel, Sprengel u. Rink, K. Bartels, Ludwig-Wucherer-Straße, E. Gisfeld, Martha Ziegler, Dessauer Straße 2, Max Wolff, Steinweg, Hüssel, Beesener Straße, M. Brünewald, Geg. H. F. Weber, R. Pfeiffer, A. Schnabel, Pfeiffer u. Haase, C. Höfer, O. Gottschalk, A. Bernhardt, M. Schultze, M. Helbig, Merseburger Straße, Müller, Kröllwitz.

Auf dem Wochenmarkte:

A. Hansen, M. Fischer, M. Schlesier, Fr. Längerich.

Ferner: Oswald Weise, Sophienstraße, Fr. Kreisel, Ludwig-Wucherer-Straße, G. Fehse, Hardenbergstraße, H. Albrecht, Magdeburger Straße, A. Heinrich, Augustastraße, M. Dudenhöfel, Breitestraße, C. Clausius, Richard-Wagner-Straße, Berta Walter, Brunnenstr., M. Hentschel Seebener Straße, C. Stendel, Fischerplan, O. Berger, Jakobstraße, C. Bockmann, Steinweg, G. Eckert, Königstraße, J. Hennicke, Huttenstraße, Fr. Wagner, Landsberger Straße, Rich. Planert, Freiimfelder Straße, P. Steinicke, Sophienstraße, C. Hellriegel, Schillerstraße, F. Baumgärtel, Lessingstraße, P. Erbe, Dorothenstraße, F. W. Krebs, Gr. Klausstraße, Traugott Linke, Neumarktstraße, Fr. Schade, Brunnenstr., Robert Naum, Trifftstraße, Fr. Rudolph, Anferstraße, W. Nagel, Glaucharerstr., P. Baumgarten, Beesener Straße, A. Seidel, Thomasiusstraße, Marie Mah, Merseburger Straße, Erich Blau, Am Güterbahnhof, Max Raue, Büschdorfer Straße.

Für jede Person eines Haushalts kann ein Bückling bezw. ½ Pfund Sprottbücklinge abgegeben werden. Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Lebensmittelscheine mit den Nummern 15 001 bis 20 000 sowie diejenigen Personen, welche bei den bisherigen Verkäufen nicht berücksicht worden sind. Die Verkäufer haben gemäß der Verordnung des Magistrats vom 28. Juni 1916 den Buchstaben „F" (Fische), die entnommene Anzahl bezw. das Gewicht der Fische und das Datum unter Rubrik C des Lebensmittelscheines mit Tinte oder angefeuchtetem Tintenstift einzutragen und den Abschnitt 12 des Warenbezugsscheines II abzutrennen.

Der Verkaufspreis beträgt für einen großen Bückling 80 Pf. und für das Pfund Sprottbücklinge 1,60 M. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken an Hunderten gebündelt im Stadt-Ernährungsamt, Schmeerstraße 1, (Turnusgang) 2. Obergeschoß, binnen acht Tagen unter Angabe ihres Reichsbankkontos abzugeben.

Zuwiderhandlungen werden gemäß der eingangs erwähnten Bundesratsverordnung bestraft, auch kann die Schließung des Geschäfts oder die Entziehung des weiteren Verkaufs der städtischen Ware verfügt werden.

Halle, den 19. März 1917. **Der Magistrat.**

Bei der behördlichen Prüfung der Gewerbungs- oder Erwerbskosten, namentlich von Gegenständen des täglichen Bedarfs, ist es in letzter Zeit wiederholt vorgekommen, daß Gewerbetreibende erklärten, die hierzu erforderlichen schriftlichen Unterlagen nicht zu besitzen, weil das Kauf- oder Tauschgeschäft mündlich abgeschlossen worden sei.

Einem solchen Verfahren, das gegen die allgemeinen kaufmännischen Grundsätze verstößt, muß die Absicht zugrunde gelegt werden, den Tatbestand zu verdunkeln.

Das Kriegsernährungsamt (frühere Reichsfreisstelle) hat daher kürzlich entschieden, daß ein Händler, der seinen Ein- und Verkauf nicht nachzuweisen vermag, in den jetzigen Zeiten zum Handel nicht geeignet ist und daher hiervon ausgeschlossen werden muß.

Es liegt daher im Interesse der Handel- und Gewerbetreibenden, alle Käufe und Verkäufe schriftlich abzustichen.

Halle, 14. März 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Diejenigen Inhaber von Kleinhandelsgeschäften, welche Kundenlisten eingereicht haben, werden aufgefordert, **Montag, den 19. März, Dienstag, den 20. März und Mittwoch, den 21. März 1917,** bei den von ihnen **gewählten Großfirmen den Ende nächster Woche zum Verkauf gelangenden Grieß abzuholen.**

Bekanntmachung über Regelung des Verkaufs erfolgt später.

Halle, den 17. März 1917. **Der Magistrat.**

Gegen die Ehefrau **Helene Schnabel** geb. Drescher aus Halle, Leipzigerstraße 52, ist durch rechtskräftigen Strafbefehl des Königl. Amtsgerichts hier vom 3. Februar 1917, Vergehen gegen die Bekanntmachung des Bundesrats vom 29 Juli 1915, 28. März 1916 und 18. Mai 1916 und die Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 26. Mai 1916 eine Geldstrafe von 75 M. oder 15 Tagen Gefängnis festgesetzt worden.

Halle, den 14. März 1917. **Die Polizei-Verwaltung.**

Apollo-Theater.

Täglich **Punkt** 8 Uhr:
Hartstein
in seinem besten und vornehmsten Schlager:
Der lustige Witwer.
Burlesk-Schwank aus dem Köln. Karneval von Wilhelm Hartstein.
Vorher: 4506
Das neue, elegante Programm.

Konsumverein „Verwärts" f. Schkeuditz u. Umg.
e. G. m. b. H.
Montag den 26. März 1917, abends 8 Uhr, im „Lindenhof", Bahnhofstraße
Ordentliche General-Versammlung.
Tagesordnung:
1. Halbjahrs-Geschäfts- und Kassenbericht.
2. Verschiedenes.
*1687
Der Vorstand.
J. V.: Karl Mittag. Anna Hübler. Adolf Kluge.

Gute 4514
Dauer-Batterien
für elektrische Taschenlampen sehr billig.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied des R.-Sp.-Vereins.

Gaskocher
einfache Ausführungen, eigenes Fabrikat, noch billig zu verkaufen.
Kurt Liesenberg, Große Steinstraße 11. 4276

Schöne moderne Damen-Konfektion für das Frühjahr.
Damen-Paletots u. -Mäntel 15.75 Mark bis 70 Mark.
Wunderschöne Kostüme 35 Mark bis 117 Mark.
Seidene und Gummi-Mäntel 39.75 Mark bis 79 Mark.
Kostüm-Röcke alle Weiten 6.75 Mark bis 38 Mark.
Samt-Kostüme und Kleider, Samt-Mäntel und Kostümröcke preiswert bei 4503
H. Elkan, Leipzigerstraße 67.

Emaille-Schüsseln
alle Grössen,
4514 sehr billig.
C. F. Ritter, Leipzigerstrasse 90.
Mitglied d. R.-Sp.-Vereins.

Woher kommt das Geld zum Kriege?
Von Julian Borchardt.
Preis 60 Pf. (Porto 5 Pf.)
Zu beziehen durch die
Volksbuchhandlung
Halle Harz 42-44.

Saubere Aufwartung f. d. Vormittag a. 2 eing. Leuten sof. gesucht.
4508 Heinrichstr. 12, pt. l.

Junge, anständige Kriegerfrau sucht Aufwartung (am liebsten Bureau-Reinigung). Offerten unt. V. M. 473 an die Expedition dieser Zeitung erbeten. 4508

Jüngere Aufwartung
gesucht. 4505
Wegscheiderstraße 3, I.

Reinmachefrau
Leipzigerstraße 6 b, drei Zimmer, Küche, Gas, Innenkl., 320 ℳ, zu erfr. bei Frau Hagemann oder Diearisstraße 1 a, I. 4275

Stadt-Theater Halle
Direktion: Leopold Sachse.
Dienstag den 20. März 1917:
Amelia
oder 4507
Ein Maskenball.
Oper in fünf Aufzügen von Giuseppe Verdi.
Mittwoch den 21. März 1917:
Schneider Wibbel.

Hut-Fassons
für Damen und Mädchen
Riesen-Auswahl.
4504 Billige Preise.
Hut-Blumen in großen Mengen.
Zum Kaufhaus
H. Elkan, Leipzigerstraße 67.

Konfirmations-Karten, Karten zur Jugend-Weihe
in großer Auswahl.
Zu beziehen durch die
Volks-Buchhandlung
Halle a. d. S., Harz 42/44.

Pinscher,
schwarz-grau, entlaufen.
Gegen Belohnung abzugeben
*1680 Bauer, Rathausstr. 3.

Johannes Thurm. 4510
Dienstag geöffnet:
Nr. 601 bis 1000.

Familien-Nachrichten.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Zweigverein Halle.

Nachruf.
Den Mitgliedern zur Kenntnis, daß am 16. März unser Verbandsmitglied, der Maurer
Wilhelm Schulze,
nach langem, schweren Leiden im Alter von 58 Jahren verstorben ist. 4513
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170319-15/fragment/page=0004

Halle, 19. März.

Unterhaltungs-Beilage

des Hallischen Volksblattes.

Nummer 66 — 1917

32)

Der arme Buchbinder.

Roman von Hermann Horn.

Nachdr. verb.

„Nun also — jetzt, was meinen Sie? — — Ich denke, Sie sind gut weggekommen und werden wohl nicht mehr an Revision denken,“ sagte der Rechtsanwalt, als ihm jetzt der Buchbinder gegenüberstand, sah ihn mit seinen klugen Augen an und lächelte ein wenig.

„Und wenn ich nur vier Wochen Gefängnis bekommen hätte, ich möchte doch noch einmal eine Verhandlung haben.“

„Ja — hm — aber warum denn um alles in der Welt? — So gut kommen Sie ein zweites Mal nicht mehr weg.“

Der Buchbinder schwieg einen Augenblick.

„Herr Rechtsanwalt,“ sagte er dann und sah dem voll ins Gesicht — „es ist um meiner selbst willen, und auch wegen der anderen. — —“

„Und? — —“

„Ich war's — — ich hab's mit Absicht und Ueberlegung ausgeführt — Frau Rosee hat nichts davon gewußt! — Ich glaubte, es ginge gut hinaus, und wie ich hörte, daß Frau Rosee nicht wollte, da war mir alles egal — ich wollte sterben — und wollte überhaupt nichts mehr sehen und hören, und wollte partout zugrunde gehen. Ich war so verwirrt und traurig, daß es mir unmöglich war, etwas zu sagen, und deshalb habe ich alles abgeleugnet. Aber wenn ich jetzt wieder leben will, da muß alles klar und deutlich heraus, sonst hat ja die Gerichtsverhandlung für mich gar keinen Zweck und für die andern und die Welt doch auch nicht.“

„Ich höre vor allem mit Freuden,“ sagte der Rechtsanwalt, „daß Sie den Entschluß gefaßt haben, wieder leben zu wollen. Und das scheint mir jetzt die Hauptsache zu sein.“

„Nein — nein — ich will Ihnen das erzählen. Wie ich Frau Rosee kennen gelernt habe. Sie dürfen mir glauben, daß sie mir in diesem Augenblick so gleichgültig ist wie irgend ein anderer Mensch, — aber wie ich sie kennen gelernt habe, da war mir's gerade, als ob ich mich selbst erst gefunden hätte, ich meine nicht durch sie, sondern überhaupt. Ich war sehr glücklich, aber ich wußte auch wirklich, was ich wollte, und sah ordentlich das ganze Leben vor mir, wie es war und wie es ist. Aber wie mich Frau Rosee verließ, da verlor ich diesen Standpunkt und kam, statt daß ich draußen vor dem Leben blieb, mitten hinein, und das war der Fehler. Ich trieb umher, und Frau Rosee hat ganz recht gehabt. Wenn ich Geld geh ibt hätte, wär's wahrscheinlich nur eine rechte Dummheit geworden. O, sie ist eine kluge und scharfe Frau. Aber ich bereue gar nicht, daß ich das getan habe — was wäre für die Firma das bißchen Geld gewesen, und der Seibel hat seine Stellung wieder, und Frau Rosee wird Geld bekommen. Aber ich will jetzt allen Leuten zeigen, wie es gewesen ist, daß die wirklichen Fehler offenbar liegen. Und deshalb will ich, daß noch einmal verhandelt wird, daß die Verhandlung auch wirklich einen Zweck hat.“

Der Rechtsanwalt hatte sich gesetzt und sah sinnend vor sich hin.

„Ich will Ihnen etwas sagen,“ begann er dann, „Sie sollten versuchen, daraus einen Roman zu machen, oder einen Aufsatz darüber zu schreiben.“

„Nein,“ wiederholte der Buchbinder hartnäckig, „ich will noch einmal verhandelt werden.“

„Das, was Sie meinen, käme doch nicht heraus,“ erwiderte der Rechtsanwalt. „Man würde Sie nur für einen Anarchisten halten, und Sie doppelt schwer bestrafen! — Sehen Sie, ich kenne den Vorsitzenden ganz genau und habe meine Verteidigungsrede darauf eingerichtet. Er hätte Sie glatt zu drei Jahren Gefängnis verurteilt, wenn Sie sich so verteidigt hätten, wie Sie jetzt meinen. So hielt er Sie tatsächlich für geistig vielleicht nicht ganz normal, und Ihre letzte Aeußerung, wie Sie sagten, es muß noch einmal verhandelt werden, hat Ihnen sicher sechs Monate Gefängnis erspart. Ich könnte Ihre Verteidigung auch nicht mehr gut übernehmen, und Sie werden kaum einen anderen Rechtsanwalt finden, und wenn, wird es Ihnen schweres Geld kosten, das Sie kaum dafür übrig haben dürften. Sie kämen auch nicht auf gegen diesen Riesenapparat. Fügen Sie sich, Herr Stettner, neun Monate sind bald vorbei, und dann steht Ihnen wieder die ganze Welt offen. Ich will Ihnen gern behilflich sein, wenn Sie wieder herauskommen, suchen Sie mich nur auf.“

Aber der Buchbinder sah mit einem Lächeln vor sich hin.

„Ich will noch einmal verhandelt werden,“ wiederholte er hartnäckig. „Ich könnte es nicht ertragen, weiter zu leben, wenn ich das alles auf mir sitzen ließe.“

„Unsinn,“ sagte der Rechtsanwalt, „Sie sind ein begabter Mensch, Sie kommen schon darüber hinweg. Was Sie da predigen wollen, ist Individualismus. Das ist schön und gut, aber aller Individualismus scheitert daran, daß man aus ihm keine Gesetze bilden kann. Man kann auch keine für ihn bilden. In unserem Zeitalter der Demokratie muß sich alles fügen. Wo kämen wir auch hin, wenn jeder so seinen Trieben und seinem Ausleben folgen wollte. Ich rede so, lieber Herr Stettner, nicht wie ein Moralist, denn ich habe auch meinen Nietzsche gelesen, sondern wie einer, der es am eigenen Leibe gefühlt hat. Sie haben sich gegen das Gesetz vergangen und müssen sich nun damit abfinden. Napoleon und Bismarck können nicht für die große Menge maßgebend sein, Sie nicht für mich und ich nicht für Sie, aber ein notwendiges Gesetz für uns alle.“

„Dann will ich drei Jahre sitzen,“ sagte der Buchbinder.

„Ich habe mich ehrlich angestrengt, daß Sie neun Monate kriegen, und Sie wollen sich ehrlich anstrengen, daß Sie mehr kriegen. Das ist nicht gut,“ antwortete der Rechtsanwalt und lächelte.

Als der Buchbinder schwieg, fuhr er fort, „wollen Sie wirklich gegen die ganze Welt ankämpfen?“

„Dann kämpfe ich gegen die ganze Welt!“

„Hm, meinen Sie nicht, daß Sie dann wieder hineinkommen, — ich meine nicht bloß ins Gefängnis, sondern was Sie vorhin damit meinten. Sie bleiben nicht draußen vor den Dingen stehen und verlieren Ihren Standpunkt. Es ist eben doch so, daß Sie eben viele Verhältnisse noch nicht beurteilen können. Sie konnten sie auch damals nicht beurteilen, wie Sie diesen Unsinn anstellten. Das sollten Sie bedenken.“

Dann erhob sich der Anwalt und reichte dem Buchbinder die Hand.

Der schüttelte sie mit einer steifen Verbeugung.

„Machen Sie lieber einen Roman daraus, Herr Stettner, oder gehen Sie gar zur Sozialdemokratie zurück, da ist ein großes Feld. Sie können sich in die Höhe arbeiten und wirken. Aber fügen müssen Sie sich da auch.“

Dann führte man den Buchbinder in das Gefängnis zurück. Eine rechte Angriffsfreude war nicht mehr in Leopold Stettner als er in seine Zelle zurückgekommen war.

Es war richtig, wo sollte er das Geld hernehmen, und er stand vor einer unbekannten Welt.

Die war gerüstet bis an die Zähne und er kannte nicht einmal die Waffen alle genau, die dort geführt wurden.

Er konnte sich auch nicht dagegen wehren, daß die Erinnerung an jene Stunde in ihm erwachte, in der er seine Lebenskräfte [illegible]

Da war er auch ganz und gar „hingekommen“

Damals hätte er diesen Entschluß fassen sollen, den er jetzt gefaßt hatte. Dann wäre alles anders geworden und er würde jetzt nicht so vor sich selbst dastehen

Auch die Sehnsucht, durch den Tod allem ein Ende zu machen, stand wieder vor ihm.

Und der andere Weg, der Weg der Reue für diese Tat machte sich auch wie ein Tor vor ihm auf, als müde Sehnsucht nach Ruhe und mit der Welt zu paktieren.

Und zu allem kam die Scham, vor den vielen bekannten und unbekannten Menschen, die ein falsches Bild von ihm mit sich herumtrugen, ein fürchterliches und erbärmliches Bild, daß er sich vorkam, als sei er gar nichts mehr, als ein verzerrtes entsetzliches Untier.

Gegen diese zersetzenden und zerfließenden Schmerzen und Empfindungen erhob sich jedoch die wiedergekommene Lebenskraft, schlug dagegen und wollte darüber hinweg mit dem Entschluß, seinen Prozeß neu zu verhandeln.

Aber der Entschluß war nicht mehr sieghaft, sondern rebellisch und begehrlich.

(Fortsetzung folgt.)

Der böse Blick.

Ueber die Angst vor dem Blick oder dem besonders im Süden sehr gefürchteten „böse Auge“ oder „böse Blick“ gab in der Zeitschrift für Augenheilkunde der bekannte Augenarzt S. Seligmann in Hamburg einen Vortrag wieder, über den der Berliner Professor der Augenheilkunde Richard Greef in der Deutschen Optischen Wochenschrift für junge Optiker ein Referat bringt, das wir hier im Auszug wiedergeben.

Man kann drei Grade der Ophthalmophobie (Augenfurcht) unterscheiden. Der erste Grad besteht in der Tatsache, daß es vielen Personen unangenehm oder lästig ist, wenn jemand sie eine Zeitlang fest und starr anblickt. Daher auch Redensarten wie „ein niederschmetternder Blick“, „ein vernichtender Blick“ usw. Ein langer, ernster, vorwurfsvoller Blick ohne Lidaufschlag, sagt Preyer, ist oft mehr wert als manche Moralpredigt. Ein freundlicher, verzeihender, Straflosigkeit verheißender Blick kann ein Kind mehr beglücken, als das schönste Geschenk. Dagegen kann ein zu frecher, starrer Blick leicht Gewissenskämpfe veranlassen. Selbst sonst gar nicht empfindliche Personen geraten dabei in Verlegenheit. Sie haben das Gefühl, daß der Beobachter irgend etwas an ihnen entdeckt hat, was nicht in Ordnung ist.

Unangenehmer für den Betreffenden wird aber die Blickfurcht, wenn sie sich bis zum zweiten Grad steigert. Der unglückliche Kranke, denn es ist meist wirklich ein Kranker, scheut sich ernstlich, seine Person fremden Blicken auszusetzen. Jedesmal, wenn er in einer Gesellschaft oder öffentlich erscheinen und sich den Blicken mehrerer oder selbst nur eines einzigen aussetzen muß, empfindet er ein peinliches Gefühl von Verlegenheit und Unbehagen. Er bekommt kalte Hände und Herzklopfen, der Schweiß tritt ihm auf die Stirn, die Glieder fangen an zu zittern, seine Gedanken verwirren sich, und er kann sogar ohnmächtig werden. Ein Körperteil ist es namentlich, dessen Betrachtung ihm besonders peinlich ist, das Gesicht, und im Gesicht wiederum namentlich die Augen. Blicke, die auf seine Augen gerichtet sind und die seinen eigenen Blick treffen, sind ihm geradezu unerträglich.

Die natürliche Folge dieses Unbehagens und dieser Furcht ist, daß der Betreffende sich Mühe gibt, so gut wie möglich die Blicke anderer zu vermeiden. Er geht jeder Gelegenheit aus dem Wege, sich öffentlich zu zeigen. Ist dieses nicht zu vermeiden, so wird er Mittel und Wege finden, um sich möglichst unauffällig zu machen und sich so den Blicken zu entziehen. Solche Mittel sind die, sich hinter anderen Personen zu verstecken, Schutzmittel vor die Augen zu nehmen, Fächer, Schirme, sich hinter Vorhänge als Schutzmittel zu setzen.

In der dritten Klasse handelt es sich um etwas viel Realeres, nämlich um die Angst, durch den Blick eines anderen wirklich an Leib und Gesundheit beschädigt zu werden, und zwar durch irgendeine Zauberei. Es besteht eine Furcht, daß durch den bösen Blick wirklich physische Krankheiten aller Art entstehen könnten. Hieran glauben nicht nur wenig zivilisierte Völker, sondern dieser Glaube herrscht in recht hohem Grade auch bei Völkern, die sicher beleidigt wären, wenn wir sie nicht zu den hochzivilisierten rechnen würden, zum Beispiel in Italien. Man kann sogar zugeben, daß die Furcht vor dem bösen Blick wirklich gewisse Krankheiten hervorrufen kann, und zwar alle Krankheiten, die auch sonst auf suggestivem Wege durch Furcht, Schrecken, Einbildung, Nervosität entstehen können. Aber wer an den bösen Blick glaubt, nimmt auch ohne weiteres an, daß wirkliche zahlreiche Erkrankungen, selbst akute und chronische Infektionskrankheiten, Epidemien und dergleichen, auf diesem Wege entstehen können. Wer an den bösen Blick glaubt, der sagt nicht, die fragliche Krankheit ist durch die Furcht vor dem bösen Blick entstanden, sondern er behauptet, sie ist durch den Blick, durch das Auge selbst, entstanden, und hierin liegt der fundamentale Fehler des Aberglaubens.

Wodurch ist nun der Glaube an solche Zauberwirkung des Blickes entstanden? Vor allem ist zuerst darauf hinzuweisen, daß dem Auge sehr häufig ein Ausdruck zugeschrieben wird, der in Wirklichkeit nicht ihm, sondern seiner Umgebung zukommt. Denn nicht das Auge selbst spiegelt Gemütsbewegungen und Erregungen wider, sondern die Umgebung des Auges, die Gesichtsmuskulatur. Der Ausdruck des Augapfels selbst ist absolut starr und nichtssagend, das einzig Veränderliche am Augapfel, die Bewegung desselben und das Pupillenspiel, sind, an und für sich betrachtet, für das Zustandekommen eines Gemütsausdruckes ziemlich indifferent. Nur der Gesichtsausdruck und das Mienenspiel sind es, die diesen hervorrufen.

Für die Anschauung, daß das Auge mit der Seele in Zusammenhang steht, so daß es sogar der Sitz der Seele selbst sei, hat der primitive Mensch noch eine Menge Beweise. Um sich zu betätigen, muß diese Augenseele oder der Sehneist Strahlen aussenden, die Sehstrahlen oder Augenstrahlen. Da die Augenseele mit der Körperseele im Zusammenhang gedacht wird, so sind auch die Augenstrahlen von der Körperseele abhängig. Ist die Körperseele gut geartet, so überträgt sie diese gute Eigenschaft auch auf die Augenstrahlen; ist sie dagegen schlecht geartet, so nehmen auch die Augenstrahlen schlechte Eigenschaften an. Gewöhnlich ist das letztere der Fall, weil nach primitiver Volksanschauung die Seelengeister immer mehr dazu neigen, Schaden anzustiften, als Gutes zu tun. Namentlich eine schlechte Seelenveranlagung ist es, die die jungenlose Seele ausströmt, der Neid. Weil nun als Motiv des bösen Blickes gewöhnlich der Neid angesehen wird, deshalb ist der böse Blick mit dem neidischen Blick identisch.

Es gibt wohl nur wenige böse Verwirkungen, die nicht dem Auge zugelegt worden sind. A[illegible] möglichen Krankheiten, Augenentzündungen, Kopfweh, Magenübel, Krämpfe, Ohnmacht, Impotenz, Unfruchtbarkeit, Schwindsucht, Herzleiden, ja sogar der Tod kann durch den bösen Blick hervorgerufen werden. Auch die Tiere werden ergriffen. Milchkühe verlieren ihre Milch, oder sie wird blutig oder fieberig und unbrauchbar. Pferde, Maultiere, Kamele werden scheu, sind nicht von der Stelle zu bringen oder brechen ein Bein. Fischern wird das Netz durch den bösen Blick verzaubert. Pflanzen welken unter seinem Einfluß, gehen ein oder liefern ungenießbare Früchte. Es gibt dem Volksglauben nach Menschen, die bewußt und mit der Absicht zu schädigen, den bösen Blick ausüben, und es gibt Individuen, die unbewußt und sogar gegen ihren Willen mit dieser furchtbaren Eigenschaft behaftet sind. Viele dieser menschlichen Basilisken bieten äußerlich nichts besonderes, andere dagegen sind, wie der Volksglaube sagt, gezeichnet. Körperfehler aller Art, namentlich aber Augenerkrankungen, kennzeichnen einen solchen Unglücklichen. Wer schielt, wer einen Fleck auf dem Auge hat, wer entzündete rote Augenränder hat, wer einäugig ist oder wessen Augenbrauen über der Nase zusammengewachsen sind, der ist in vielen Ländern ohne weiteres des bösen Blickes verdächtig.

Bei vielen Völkern gibt es diagnostische Mittel, die entscheiden, ob auch kein Irrtum vorliegt, und ob die Krankheit auch wirklich durch den bösen Blick hervorgerufen worden ist, z. B. pflegen Südslawen in solchen zweifelhaften Fällen glühende Kohlen in ein Gefäß Wasser zu werfen und ihre Diagnose daraus zu stellen, ob die Kohlen untergehen oder auf dem Wasser schwimmen bleiben. In Spanien wirft man in gleicher Weise Hirschhornstücke in das Wasser; in Sardinien wirft man Gegenstände mit augenähnlicher Zeichnung in das Wasser, und die Luftblasen, die aufsteigen, zeigen nun, ob der böse Blick die Ursache der Krankheit ist oder nicht. Bei der Therapie spielt die Prophylaxe, die Vorbeugung, die Hauptrolle. In dieser Beziehung sind besonders die Amulette von großer Bedeutung. Die Wirksamkeit der Amulette gegen den bösen Blick beruht nach der Volksmeinung hauptsächlich darauf, daß sie den Blick des Bösäugigen auf sich ziehen und dadurch von dem Träger des Amulettes ablenken; man hat sie auch sehr treffend „Blitzableiter“ genannt. Nicht nur Menschen tragen sie zum Schutz, sondern auch Tiere aller Art.

Kleines Feuilleton.

Gekrönte Häupter in Rußland.

Die russische Revolution hat den Zaren Nikolaus II. vom Throne gestürzt; er räumte ihn an ein anderes Mitglied des Hauses Romanow ein. Die Geschichte des russischen Reiches ist reich an solchen gewaltsamen Uebergängen, und nicht immer liefen sie für den jeweiligen Herrscher so glimpflich ab wie diesmal. Die Verschwörung schlich sich oft genug bis zu den Stufen des Thrones und holte zum vernichtenden Schlage aus.

Die Geschlossenheit, zu der Peter der Große (1725 bis 1762) sein Reich gebracht hatte, geriet bald nach seinem Tode ins Wanken. Seine Nichte Anna Iwanowna, die nach einer zwölfjährigen Regierungszeit Katharinas I. (Peters Gemahlin) zur Herrschaft gekommene war, wurde 1741 durch eine vom französischen Gesandten angezettelte Verschwörung gestürzt und verbannt. Darauf rief man die Tochter Peters, Elisabeth, die Schöpferin von Zarskoje Selo, als Zarin (1741 bis 1762) aus. Peter III., der Sohn von Peter des Großen zweiter Tochter, ein Verehrer Friederichs des Großen und fortschrittlich gesinnter Herrscher, vermählte sich mit Katharina, einer Prinzessin von Anhalt-Zerbst, war der erste Zar aus dem Hause Romanow, der mit dem Thron auch das Leben verlor. Er drohte seiner Gattin mit der Scheidung und dem Einsperren ins Kloster. Sie erregte einen Militäraufstand, der ihn 1762 vom Throne stieß. Kurz darauf wurde der Zar von den Verschworenen ermordet.

Katharina II. (1762 bis 1796), unter die die Teilungen Polens fallen, starb in der für Rußland sehr friegerischen Zeit 1796 eines natürlichen Todes. Aber schon ihr Sohn Paul I., der im Dezember 1800 zur Beschränkung der englischen Seemacht einen Neutralitätsvertrag mit Schweden, Dänemark und Preußen schloß, der von England mit einem Angriff auf Kopenhagen beantwortet wurde, wurde am 23. März desselben Jahres von Mitgliedern des Großadels ermordet.

Es folgte sein Sohn Alexander I (1801 bis 1825), der mit Napoleon den Frieden von Tilsit schloß, auf dessen Regierungszeit nach dem Napoleonischen Kriege die Gebietserweiterungen Rußlands im Westen zurückzuführen sind. Unter seinen Neffen Nikolaus I., der ihm folgte, fällt der vierte und fünfte (Krim-) Russisch-Türkische Krieg. Der Zar starb 1855 plötzlich, aber eines natürlichen Todes. Sein Sohn Alexander II. aber, der das Reich nach Osten erweiterte sowie den sechsten Russisch-Türkischen Krieg führte (1877—78 mit Plevna), war mehrfach den Mordversuchen der Nihilisten ausgesetzt. Er fiel am 13. März 1881 in Petersburg ihrem vierten Attentat zum Opfer.

Nikolaus II. ist am 10 Mai 1868 (alten Stils) in Sankt Petersburg als Sohn des Kaisers Alexander III. geboren, nach dessen Ableben er am 20. Oktober 1894 den Thron bestieg, von dem ihn jetzt das Schicksal herabstieß.

Psychiatrie.

In einer großen, einer Universität angegliederten Irrenanstalt ist in einem unbewachten Augenblicke der Maurer Mattuteit aus der unruhigen Abteilung entwichen und hat sich auf das steile Dach des Verwaltungsgebäudes zurückgezogen, von wo er sich durch ungemeine Rufe und höhnische Gebärden bemerkbar macht.

Man hat versucht, vom Speicherboden aus seiner habhaft zu werden — umsonst; man hat die Feuerwehr alarmiert und Mattuteit mit kaltem Wasser bespritzt — vergebens: er beharrt fröhlich auf seinem übertragenden Standpunkte.

Im Hofe sind sämtliche Aerzte und alle abkommlichen Wärter versammelt, blicken aufgeregt nach oben und überlegen, was zu tun sei.

Erst tritt der Herr Direktor und Geheimrat vor und ruft im strengsten Amtstone: „Mattuteit, im Namen der königlichen Direktion der Anstalt befehle ich Ihnen, sofort herunterzukommen!“

Maurer Mattuteit lacht aus vollem Hals und rührt sich nicht. Der Abteilungsarzt schließt sich seinem verehrten Chef an und lockt kordial und aufmunternd: „Nu seien Sie mal vernünftig Mattuteit, und kommen Sie runter!“

Maurer Mattuteit deutet anzüglich auf seine Hinterfläche.

Da drückt sich als dritter der alte Oberwärter Döbereiner in den Vordergrund, holt hinterm Rücken eine Bierflasche vor und schwingt sie stumm und verheißungsvoll gegen das Dach.

Im Nu wird Mattuteit lebendig, rutscht zum Blitzableiter hinüber, läßt sich an diesem herab, steht nach zwei Minuten am Boden und wird alsbald in feierlichem Geleite zum seinen Bestimmungsort zurückbefördert.

— Nur unter Aufwendung seiner ganzen Bescheidenheit vermag sich Oberwärter Döbereiner der jüngeren Assistentenschaft zu entziehen, die ihn bestürmt, sich unverzüglich an der medizinischen Fakultät für Psychiatrie zu habilitieren.

Dr. O.

Humor und Satire.

Thüringer Kartoffelklöße. Der Schulze von [illegible] wegen der Kartoffelnapfheit ein strenges Verbot beliebten Thüringer Klöße zu kochen. Sonntags [illegible] er den Gemeindediener: „Du hiesst [illegible] zeigst mer jeden an, wenn se Kließe kochen.“ [illegible] kommt dieser zurück und berichtet: „Mer [illegible] angelassen, ich bin nor selber rem an [illegible] hänge!“ — „Du Schaf,“ sagt da der [illegible] nach, wer man doch eße äße, da wärn ju

Halle und Saalkreis.

Halle, den 19. März 1917.

Die Hausangestellten und der Hilfsdienst.

Auch an die Hausangestellten, die vom Lande sind, ergeht heute der Ruf der Kriegsämter: „Hinaus aufs Land!" Keinem Zwange, sondern ihrer freiwilligen Entschließung soll jede Frau, jedes Mädchen hierbei folgen. Viele werden ja diesem Rufe schon gefolgt sein, um, wie gesagt wird, der besseren Beköstigung entgegenzueilen. Trotzdem darf keine Hausangestellte diesen Schritt blindlings tun.

Unsere Hausangestellten, die da wissen, wie sie unter dem Gesetz der „Gesindeordnungen" manches zu ertragen haben, müssen auch jetzt darauf vorbereitet sein, daß man ihr freiwilliges Gehen auf das Land nicht etwa damit belohnt, daß man einfach erklärt: „Hinweg mit der Gesindeordnung! Die Hausangestellten, die sich freiwillig dieser Landarbeit wieder unterziehen, sollen besser gestellt werden." O nein, unsere Hausangestellten in der Stadt sowohl wie dem auf dem Lande stehen unter dem Gesetz der Gesindeordnungen, darum müssen sie auch in dieser Zeit sich zu schützen suchen. Die Frauen und Mädchen, die schon ihrer Organisation angehören, wissen, wo sie diesen Schutz finden; anders diejenigen, die den Weg zur Organisation noch nicht fanden. Wir machen deshalb darauf aufmerksam, daß bei den Vermietungen wohl Obacht gegeben werden muß, daß das Arbeitsverhältnis nicht auf zu lange Zeit abgeschlossen wird.

Unsere Hausangestellten, die in städtischen Verhältnissen nur auf vier Wochen an die Haushaltungen gebunden sind, werden erstaunt sein, daß man ihnen wieder halbjährliche, und wo es besonders knapp an Arbeitskräften ist, jährliche Kontrakte anbietet. Deshalb wird es gut sein, immer vorher über alles die nötigen Erkundigungen einzuziehen, damit die Entäuschungen nachher nicht allzugroß bei Antritt der Stellung auf dem Lande sind. Denn nicht allein die bessere Kost kommt in Frage, nein, die Lohn- und Schlafverhältnisse und vieles mehr. Beschwerdestellen wie die Arbeiter und Arbeiterinnen, die unter dem Hilfsdienstgesetz stehen, haben diese Hausangestellten nicht. Deshalb ergeht auch an sie der Ruf, und an die, welche es ihnen sagen sollen: Wendet euch an den Verband, der euch in allen diesen Angelegenheiten Rat und Auskunft bereitwilligst erteilt. Gleichviel, ob sie die Stellung schon angetreten haben oder erst antreten wollen. Jede Hausangestellte kann sich vertrauensvoll in dieser Sache an uns wenden.

Die Adresse des Verbandes ist: Zentralverband der Hausangestellten Deutschlands, Berlin S.O. 16, Engelufer 21, III. Die der Ortsgruppe: Halle (Saale), Harz 42-44, Arbeitersekretariat. Daselbst erfolgt auch die Mitgliederaufnahme.

Neue Bekanntmachungen.

Mohrrüben werden auf die Nummern 1 bis 6000 in der Talamtschule abgegeben. Es gibt pro Kopf ein Pfund.

Der Eierverkauf geht morgen in der Talamtschule auf die Nummern 63 000 bis 70 000 weiter.

Bücklinge stehen in den Geschäften für die Nummern 15 001 bis 20 000 gegen Marke 12 des Warenbezugsscheines zum Verkauf.

Fleisch ist für diese Woche wieder 250 Gramm pro Kopf zugeteilt.

* **Entschädigung für Ausstehen der Arbeit** beschäftigte das Gewerbegericht Halle in zwei Fällen. Eine Frau R. klagte gegen die Firma Schomacher auf 40 Mk. Entschädigung wegen Ausstehens der Arbeit. Die Firma machte geltend, daß für die Frau und einige andere Arbeiterinnen nichts mehr zu tun war und nichts darüber ausgemacht sei. Die Frau hatte aber wiederholt nachgefragt und man hatte sie nicht entlassen; deshalb verpflichtete man sich auf 36 Mk. Entschädigung. — Ein Zimmermann L. verlangte von der Firma Weiße u. Freyland 158 Mk. Lohnentschädigung für die Zeit vom 19. Januar bis 9. Februar 1917. Er wohnte in Bernburg, während die Arbeitsstelle in Leimbach ist. Infolge der starken Kälte und des Schneefalls konnte nicht gearbeitet werden. Kläger ist zweimal nach Leimbach gefahren, um seinen Arbeitschein zu holen, hat jedoch den Bevollmächtigten der Firma nicht angetroffen. Letzterer hat ihn auch nicht telegraphisch zur Arbeit gerufen, obwohl er vom 5. bis 12. Februar hätte arbeiten können. Der Kläger setzte deshalb seinen Anspruch auf 102 Mk. herab, einigte sich schließlich aber mit der Firma auf die Hälfte dieses Betrages, der ihm zugesandt werden soll.

* **Die städtische Lebensmittelverteilungsstelle** stand heute morgen wieder im Zeichen des — Kartoffelverkaufs. Hunderte von Käufern standen schon früh in langer Reihe angetreten auf dem Hofe, da der Andrang nicht glatt bewältigt werden konnte. Abgegeben wurde zunächst der Bedarf für die halbe Woche, da es nicht möglich ist, in den Kellern der Schule den ganzen Wochenbedarf an Kartoffeln zu lagern. Wie verlautet, sind am Sonnabend bereits an den Handel 1000 Zentner Kartoffeln abgegeben worden, so daß es sich empfiehlt, zu versuchen, bei den Händlern Kartoffeln zu erhalten.

* **Der Anbau von Frühkartoffeln** in Schrebergärten, Laubenkolonien bildet für die Kartoffelversorgung der großen Städte eine wesentliche Erleichterung. Um diesen Kleingarten-Anbau zu fördern, hat der Präsident des Kriegsernährungsamtes zur Erklärung ermächtigt, daß die im Wege des Kleingartenbaues gezogenen Kartoffeln von einer Fläche in Größe bis zu 200 Quadratmetern den Kleinanbauern auch dann belassen bleiben werde, wenn nach den dann bestehenden Vorschriften über die Verbrauchsregelung die geernteten Mengen größer sein sollten, als die ihnen zustehenden Mengen; auch wird den Kleinanbauern die etwa erforderliche Genehmigung zur Ausfuhr derartiger Kartoffeln für den eigenen Bedarf in Zukunft erstandslos erteilt werden. Die Wichtigkeit des Kleinanbaues und die Vorteile desselben machen es zur Pflicht, daß diejenigen, welche das Saatgut aus der Ernte des Vorjahres besitzen, es fürsorglich dem Zwecke der Saat zuwenden. Leider haben manche Kleinanbauer bei der bestehenden Kartoffelknappheit ihr Saatgut verzehrt, statt es für die Aussaat aufzuheben. Es ist dies um so mehr zu bedauern, weil die Beschaffung eines Ersatzes beim bestehenden Mangel an Saatgut nicht möglich sein wird. Wer das Saatgut noch besitzt, kann nicht dringend genug vor dem Verbrauch desselben gewarnt werden. In Fällen, in denen nur ein Teil des Saatgutes zur Verfügung steht, muß erwogen werden, ob nicht durch Streckung desselben Abhilfe zu schaffen ist. Wertvolle Auskünfte in dieser Hinsicht geben einige von der Zentralstelle für den Gemüsebau in Kleingärten, Berlin W. 8, Behrenstraße 50-52, ausgegebene Flugblätter; sie belehren über das sogenannte Keimlings-Steckling-Verfahren. Die Flugblätter können von der genannten Zentralstelle kostenlos bezogen werden.

* **Städtische Bedarfsanmeldung von Arbeiterkleidung.** Die Reichsbekleidungsstelle hat Veranlassung, für die Versorgung der hilfsdienstpflichtigen Arbeiter und der in der Kriegswirtschaft beschäftigten Personen mit Arbeitskleidung besondere [illegible]ungen zu treffen. Um hierbei über die vorhandenen [illegible]n geeigneten Stoffen gleichmäßig und gerecht verteilen zu können, ist zunächst eine möglichst genaue Anmeldung [illegible] den einzelnen Kommunalverbänden erforderlich. [illegible]munalverbände werden daher aufgefordert, bis [illegible] bei der Reichsbekleidungsstelle, Abteilung II, [illegible]r Bedarf an Arbeitskleidung für die ge[illegible] in ihrem Bezirke besteht. Formulare zu [illegible]sind von der Reichsbekleidungsstelle, Ab[illegible].

[illegible]ungen für Angehörige vermißter Kriegs[illegible]erordnungsblatt wird eine Kabinettsordnung bestimmt wird, daß die Gehalts- und die Familienzahlungen für die Angehörigen Kriegsteilnehmer nach sechs Monaten des Vermißtseins eingestellt werden können. An die Stelle dieser Zuwendungen kann Witwen- und Waisengeld nach § 34 des Militärhinterbliebenengesetzes gewährt werden. Den Angehörigen, für die Hinterbliebenenversorgung nach dem Gesetz nicht in Betracht kommt, kann nach der Einstellung der Zahlung die bis dahin aus der Besoldung gewährte Zuwendung noch drei Monate in halber Höhe weitergezahlt werden.

* **Eltern, deren Kinder jetzt die Schule verlassen** und in einen Beruf eintreten, empfehlen wir die kleine Schrift von Dr. J. Zadek: Die Berufswahl mit Rücksicht auf die Tauglichkeit für den Beruf. Es gibt kaum eine zweite Frage, die so tief in das Leben des Arbeiters einschneidet wie die Frage der Berufswahl. Die Lebenshaltung, innere Befriedigung, die Möglichkeit der Erhaltung und Erhaltung einer Familie, alles hängt von der richtigen Wahl des Berufs ab. Dazu kommt aber auch die körperliche Eignung, die heute leider nur eine untergeordnete Beachtung findet. Alle diese Fragen sind in dem kleinen Heft behandelt, das in allen Parteibuchhandlungen für 20 Pf. zu haben ist.

* **Zugunsten des Kinderheims** veranstaltet der Bund zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft am Donnerstag, den 22. März 1917, abends 8½ Uhr, in der Loge zu den fünf Türmen, Albrechtsstraße 6, ein Konzert. Es wirken mit: Affr. Ernesti vom Stadttheater und Frau Dr. Noethe, ferner eine begabte Schülerin des Herrn Martin Frey, Fräulein Gertrud Steinweg. Der gute Zweck der Veranstaltung empfiehlt den Besuch des Konzerts ganz von selbst.

* **Ueber Leben und Tod im Lichte der Naturwissenschaften** spricht Herr Dr. Eichwald am Mittwoch, 21. März, abends 8½ Uhr, in der Aula der Universität. In diesem Vortrage sollen, wie uns vom Bunde zur Erhaltung und Mehrung der deutschen Volkskraft mitgeteilt wird, die Ansichten geschildert werden, die man sich auf Grund von Experimenten an Tieren und Pflanzen über Leben und Tod gebildet hat.

* **Stadttheater.** Heute, Montag, abend gelangt das Dreimäderlhaus zur nochmaligen Aufführung. Dienstag wird Verdis Oper Ein Maskenball wiederholt. Mittwoch Schneider Wibbel, Donnerstag Der Trompeter von Säkkingen, Freitag Brüderlein sein hierauf Die Puppenfee, Sonnabend Carmen. Sonntag nachmittag Die verlorene Tochter, Sonntag abend Erstaufführung der Oper Ariadne auf Naxos von Richard Strauß. — Eintrittskarten für alle angekündigten Vorstellungen sind an der Kasse des Stadttheaters erhältlich.

* **Hühner und Brote gestohlen.** Einem in der Heinrichstraße wohnhaften Bäckermeister wurden aus seinem Keller 7 Hühner und 12 Brote gestohlen. Ermittlungen sind im Gange.

*

In der Nacht zum Montag wurde in der Gr. Klausstraße eine Schaufensterscheibe zertrümmert. Einige Vollkornbrote, die als Auslage dienten, wurden entwendet, später aber in einer Haustürnische in der Domstraße wiedergefunden und der Firma zurückgegeben.

Gewerkschaftskartell Halle.

Sitzung vom 14. März 1917.

1. Eingänge und Mitteilungen. Vom Verlag Dietz in Stuttgart werden verschiedene Schriften angepriesen. — Die Generalkommission weist in einem Schreiben auf die Wahlen der Arbeiterausschüsse hin. In dieser Angelenheit hat bereits eine aufklärende Sitzung mit den Gewerkschaftsvorständen stattgefunden. — Von der gleichen Stelle wird auf den in nächster Zeit stattfindenden Ausbildungskursus für Fabrikpflegerinnen aufmerksam gemacht. Die Fabrikpflegerin soll den in den Betrieben beschäftigten Frauen bei der Erziehung der Kinder usw. behilflich sein. — Der Handlungsgehilfen-Verband erfindet das Gewerkschaftskartell, die Agitation für den dauernden 7-Uhr-Ladenschluß recht wirksam zu unterstützen. Das wird zugesagt.

2. Neuwahl der Kartellvorstandsmitglieder und der Ausschüsse. Gewählt wurden, nachdem der bisherige Vorsitzende Genosse Schnabel verzichtet hatte, als erster Vorsitzender Gen. Strehler, als zweiter Vorsitzender Gen. Göbel, als Schriftführer Gen. Schöbel. Revisoren wurden die Genossen Emmer und Scheibe, Beisitzer die Genossen Hänisch und Müller. Zum Mitglied des Jugend-Ausschusses wurde Gen. Fischer bestimmt. Dem Bildungs-Ausschuß sollen die Genossen Schnabel, Schöbel und Löffler angehören. In das Maifonds-Komitee wurden die Genossen Strehler und Kleeis wiedergewählt.

3. Ueber die Wahlen der Arbeiter- und Angestellten-Ausschüsse in den gewerblichen Betrieben referierte Gen. Kleeis. Er gab zunächst einen kurzen Rückblick auf die Entstehung und die bisherigen Aufgaben der Arbeiterausschüsse. Durch das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst ist es erforderlich geworden, in allen Betrieben, die über 50 Arbeiter beschäftigen, solche Ausschüsse zu wählen. Das gleiche trifft auch für die Angestellten zu. Der Redner ging dann ausführlich auf die Zusammensetzung der Arbeiter-Ausschüsse ein und forderte die Anwesenden auf, die Wahlen hierzu gut vorzubereiten. Denn gerade darauf kommt es an, daß in Ausschuß Leute sind, die auch mutig und kraftvoll die Sache der Arbeiter vertreten. Freilich ist es aber auch notwendig, daß die übrigen Arbeiter dem Arbeiter-Ausschuß in jeder Beziehung den nötigen Rückenhalt geben. Wenn so verfahren werde, dann sei es auch möglich, daß diese Ausschüsse segensreich für die Arbeiter wirken können. — Gen. Gräfe bedauerte, daß die Arbeiter-Ausschüsse nur für die wenigen Betriebe mit mehr als 50 Arbeitern errichtet werden müssen. Zweifellos bestehe auch in der großen Menge der kleineren Betriebe die gleiche Notwendigkeit. Ferner hätte das Gesetz die Lebensdauer der Ausschüsse nicht beschränken dürfen, denn vorläufig seien sie nur für die Dauer des Krieges geplant. — Gen. Schnabel sprach im Sinne des Referenten und fordert die Anwesenden nochmals auf, bei den in Kürze stattfindenden Ausschußwahlen ja auf dem Posten zu sein.

4. Eine kurze Aussprache fand über die Berufsberatung in der Kriegsbeschädigten-Fürsorge statt. Es herrschte Einstimmigkeit darüber, daß die Berufsberatung in ihrer jetzigen Form nicht geeignet ist, die Kriegsbeschädigten wirksam zu unterstützen. Trotz vielfacher Bemühungen des Gewerkschaftskartells ist eine Aenderung nicht eingetreten, so daß der Vorstand beauftragt wurde, sich nunmehr beschwerdeführend an den Landeshauptmann zu wenden.

Nicht anwesend waren: Bergarbeiter, Lithographen und Steindrucker, Dachdecker, Hausangestellte, Kupferschmiede, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter, Tapezierer und Tabakarbeiter.

Aus den Gerichtssälen.

Strafkammer.

Um einen lumbigen Hasen sich ins Zuchthaus gebracht.

Der Auszügler Henschel aus Delitzsch hatte in der Dreiwiser Flur einen Hasen geschossen; er sollte sich daraufhin wegen Wilderei vor dem Schöffengericht zu Delitzsch verantworten. Einen Hasen hatte er bei einem Jagdpächter gekauft und seiner Tochter geschickt. Von einem Hasen, den er selbst verzehrt hatte, konnte er den Ursprung nicht nachweisen, da er gewildert war. In der Schöffengerichtssitzung machte er jedoch geltend, daß er den zweiten Hasen von der Frau des Jagdpächters gekauft habe. Auf Antrag des Verteidigers wurde dann die Verhandlung vertagt, um die Ehefrau des Pächters zu laden. In der Zwischenzeit ging der 65jährige Angeklagte zu der Jagdpächtersfrau und meinte, sie könne doch zu dem Wachtmeister, der sie vernehmen komme, sagen, er habe auch bei ihr einen Hasen gekauft. Die Frau erwiderte nichts auf dieses Angebot und sagte dann der Wahrheit entsprechend dem Wachtmeister gegenüber aus, daß sie an den Angeklagten keinen Hasen verkauft habe. Inzwischen hatte die neue Zeugin eine Vorladung zu der Verhandlung vor dem Schöffengericht bekommen. Kurz vor dem Termin ging der Angeklagte nochmals zu der Frau und machte ihr Vorwürfe darüber, daß sie ja doch dem Wachtmeister gegenüber nicht zu seinen Gunsten ausgesagt habe. „Da müsse er ja hereinfallen", schloß er seine Vorwürfe. Darauf erwiderte ihm die Zeugin, das könne sie nicht ändern, und ging ihrer Wege.

In der Verhandlung vor dem Schöffengericht sagte dann die Zeugin dementsprechend aus und teilte dem Gericht auch mit, daß der Angeklagte sie zu einer falschen Aussage aufgefordert habe. — Henschel mußte sich jetzt vor der Strafkammer wegen versuchter Verleitung zum Meineide verantworten. Er machte recht durcheinandergehende Angaben. Nach der Aussage der Zeugin konnte man fast den Eindruck gewinnen, als ob der Angeklagte nur verlangt habe, vor dem Wachtmeister falsch auszusagen. Daß er dann aber sich darüber geärgert habe, daß nicht nach seinem Willen ausgesagt worden sei und er dann nochmals zu der Zeugin gekommen sei, um seinen Aerger hierüber Luft zu machen, ohne nochmals zu einer falschen Aussage aufzufordern.

Das Gericht sah in dem Benehmen des Angeklagten, der wegen des erlegten Hasens zu 30 Mark Geldstrafe verurteilt worden war, jedoch ein Unternehmen der Verleitung zum Meineide und verurteilte den alten Mann antragsgemäß zu der Mindeststrafe von einem Jahre Zuchthaus und drei Jahren Ehrenverlust. — Und das alles um einen Hasen, den er nicht geschossen haben wollte.

Geflügeldiebstahl im Großen betrieben hatte der Landarbeiter Tomas, der bei Landwirten, bei denen er früher in Stellung gewesen war, Gänse und Enten stahl, die er in Halle verkaufte. In einem Falle fielen ihm 2 Gänse und 5 Enten in die Hände. Die Tiere wurden auf den Höfen der Besitzer abgeschlachtet. In einem andern Falle verkaufte er der Gastwirtin H. vier Gänse zu einem Gesamtpreise von 60 Mark. Die anderen Tiere verkaufte er in zwei Fällen gemeinsam mit seiner Schwester, einer Frau R. Jetzt mußten sich alle drei wegen Diebstahls und Hehlerei verantworten. T. gab alle Diebstähle zu. Frau H. will den Angeklagten gar nicht kennen. Dieser erkennt sie jedoch bestimmt wieder. Das Gericht verurteilt Tomas zu einer Gesamtstrafe von einem Jahre drei Monaten Gefängnis. Die beiden Frauen wurden wegen Hehlerei zu je drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Schöffengericht.

Den Amtsvorsteher beleidigt. Ein alter Bekannter hatte sich in der Person des Arbeiters Kuppka aus Wörmlitz zu verantworten. Er hatte im vorigen Jahre eine Anzeige gegen einige Schulkinder gemacht, die seinen Garten beschädigt hatten. Nach seiner Ansicht hatte der Amtsvorsteher die Sache nicht weitergegeben. Er wendete sich an den Ersten Staatsanwalt, und dieser veranlaßte die Vernehmung K.s als Zeugen durch den Amtsvorsteher. Bei dieser Angelegenheit sagte K. zu dem Amtsvorsteher: „Es sei nicht das erste Mal, das so was unterblieben wäre." Er meinte damit die Anzeigeunterlassung. Wegen dieser Aeußerung mußte er sich jetzt wegen Beleidigung verantworten. Er verteidigte sich recht ungeschickt und etwas unklar. Tatsächlich scheint er nicht gerade ein Kirchenlicht zu sein. Es kam noch zur Sprache, daß gegen ihn noch eine Reihe anderer Verfahren schweben. Das Gericht sah von einer Geldstrafe ab und erkannte auf sechs Wochen Gefängnis. Ehrenbeamte müßten in dieser Zeit besonders geschützt werden.

Gewerkschaftliches.

Die Christlichen gegen Schorlemer.

Im Zentralvorstand der christlichen Gewerkschaften, das von dem Generalsekretär Stegerwald geleitet wird, werden die Angriffe des Ministers v. Schorlemer gegen die Eingabe der Gewerkschaften mit einer auffallenden Schärfe zurückgewiesen. Gegen diese Art der Polemik, die dem Minister beliebt habe, müsse Verwahrung eingelegt werden.

Für uns ist es seltsamerweise Tatsache, daß dieser Minister für die vom Verbraucherstandpunkt aus so schlechten Verhältnisse in erster Linie verantwortlich zu machen ist. Er kannte zur Produktionssteigerung nur die berüchtigte Politik des Anreizes durch ständig steigende Preise, und gerade diese Politik hat die Lage der Verbraucher immer mehr verschlimmert. Daher konnte der Minister auch gegen den sachlichen Inhalt der Eingabe kaum etwas vorbringen. Zur übrigen ist es mit allem Nachdruck zu brandmarken, daß die Mehrheitsparteien des Abgeordnetenhauses einschließlich des Zentrums, es durch den Schluß der Debatte den Gewerkschaftsvertretern im Abgeordnetenhause unmöglich gemacht haben, dem Landwirtschaftsminister in gebührender Weise entgegenzutreten.

Diese Aeußerung gewinnt an Interesse durch die Tatsache, daß Stegerwald Mitglied des Kriegsernährungsamtes ist, nahe an der Quelle sitzt und die Ursachen der bestehenden Schäden sehr wohl zu übersehen vermag. Nicht übel ist auch die scharfe Verwahrung gegen die Mehrheitsparteien und vor allem gegen das Zentrum, dem ja Stegerwald selbst angehört. Tragisch nehmen das die Angegriffenen natürlich nicht, denn sie kennen — sich gegenseitig.

Die Drohung mit dem Schützengraben.

Der Generaldirektor der Bayrischen Versicherungsbank in München, Geheimrat v. Rasp, drohte den Angestellten, die sich zur Abwehr schlechterer Arbeitsverhältnisse an ihre Berufsorganisation gewendet hatten, mit dem Schützengraben.

Herr Rasp ist, der L. B. zufolge, königlicher Geheimrat, königlicher Regierungsdirektor, Generaldirektor, Inhaber von Orden und zahlreichen Ehrenämtern. Seine Beziehungen sind also wahrscheinlich sehr weitläufig und nicht ohne Einfluß auf seine Absichten.

Allerlei.

Gefährlicher Wilderer unschädlich gemacht.

Ein gefürchteter Waldmensch, der lange Zeit der Schrecken der Förster in dem Gebiete zwischen Deutsch-Eylau und Soldau war, und zwei Wilddiebe auf dem Gewissen hat, wurde jetzt von einem Berliner Kriminalbeamten unschädlich gemacht. Ein 32 Jahre alter Theophil Kopistetzki, der als Wilderer in den Wäldern hauste, war früher schon einmal festgenommen worden. Im Jahre 1915 entsprang er aus dem Gefängnis in Osterode und nahm sofort sein Treiben wieder auf. Ein Forstgehilfe Gleisner aus Krotoschin, der ihn überraschte, wurde von Kopistetzki erschossen und in einen See geworfen. Die Leiche ist bis heute noch nicht gefunden. Erst am 4. September v. J. stieß der Förster Brendel auf den Tarbergen mit dem Wilderer zusammen, als er gerade ein Stück Wild zerlegte. Brendel erhielt vier Schrotschüsse und starb an den Verletzungen. Einem Berliner Kriminalbeamten gelang es jetzt, der Verbrecher in der Gegend von Terrescherwo aufzuspüren und auf einem der kleinen Gehöfte, auf denen er in den großen Waldungen einen Unterschlupf suchte, zu überraschen. In dem heftigen Kampf erhielt Kopistetzki zwei Schüsse in den Oberschenkel und den rechten Arm und wurde so kampfunfähig gemacht und überwältigt. Er ist dem Landgerichte Thorn eingeliefert worden.

Von einem Eiszapfen erschlagen wurde in Danzig die 14jährige Tochter des Brunnenbohrmeisters Dombrowski, als sie auf dem Hofe einer Gemüsetrocknerei, ihrer Arbeitsstätte, tätig war.

Amtliche Wetteransage.

Mitgeteilt von der Wetterdienststelle Ilmenau.

Dienstag, den 20. März: Wolkig, mild, zeitweise Regen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219170319-15/fragment/page=0006